

## Besprechungen

**Ein weißer Fleck in Europa ... Die Imagination der Belarus als einer Kontaktzone zwischen Ost und West.** Hrsg. von Thomas M. Bohn und Victor Shadurski. (Histoire, Bd. 29.) Transcript. Bielefeld 2011. 266 S. ISBN 978-3-8376-1897-6. (€29,80.)

Der Gießener Historiker Thomas Bohn und sein Minsker Kollege Victor Shadurski präsentieren einen multiperspektivisch und transdisziplinär angelegten (und somit im deutschen Sprachraum bislang einzigartigen) Sammelband zu aktuellen Forschungsfragen zu Belarus. Prominent vertreten sind klassische kulturgeschichtliche Kernthemen der Belarussforschung – die besondere Sprachsituation, die Geschichtsschreibung sowie die nationalen Diskurse. Darüber hinaus werden bisher kaum beachtete Themenfelder erschlossen – das Multikulturelle und die Stadt, Brüche in der Geschichte, Imperialismus und Integration, die Rolle des Glaubens und vieles andere mehr. Der Band eignet sich sowohl für den Einstieg in die belarussische Problematik als auch für die Vertiefung einzelner Fragen.

Zum Auftakt reflektiert Bohn, wie die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Belarus auch Fragen an die eigene Identität stellt und das durch nationalidentitäre Deutungsmuster geprägte Wahrnehmen herausfordert. Der Journalist Ingo Petz präsentiert in seinem sehr persönlichen Beitrag Belarus als den bisher kaum ins Blickfeld genommenen „Kulturschatz“ Europas, reich an Vielschichtigkeit, Brüchen und Widersprüchen, aber auch an nebeneinander existierender Vielfalt an Sprachen, Konfessionen und Identitäten.

Drei Beiträge befassen sich mit dem derzeit intensiv erforschten Sprachenproblem. Nattalia Savitskaya widmet sich der Kluft zwischen dem symbolischen und praktischen Stellenwert der belarussischen Schriftsprache. Das vom Großteil der Bevölkerung als Muttersprache identifizierte Belarussisch wird in der schriftlichen Form gewürdigt, in der verbalen jedoch als ostentativ oder gar provokativ wahrgenommen. Susanne Golz schildert die sprachgeschichtliche Entwicklung bis zur heutigen belarussischen Schriftsprache. Die angebliche Dichotomie zwischen Russisch und Belarussisch entlarven Gerd Hentschel und Bernhard Kittel als ein ideologisches Trugbild. Die wenigsten Belarussen würden Standardbelarussisch oder Standardrussisch sprechen. Der Großteil der Bevölkerung kommuniziere in Mundarten aus einem Dialektkontinuum, das sich zwischen den beiden Standardsprachen entfalte.

Drei weitere Beiträge thematisieren Fragen der belarussischen Geschichtsschreibung. Sjarhei Khodzín nimmt die zeitgenössische belarussische Nationalgeschichtsschreibung kritisch unter die Lupe. Besonders problematisch seien die starken Ideologisierungstendenzen, das prägende Wechselverhältnis zum Journalismus sowie Bestrebungen, heutige Wahrnehmungskriterien möglichst weit in die Vergangenheit zurück zu projizieren. Shadurski veranschaulicht das Problem des wachsenden gesellschaftlichen Interesses an der Nationalgeschichte und der sich zeitgleich vollziehenden Suche nach einer wissenschaftlich vertretbaren nationalen Geschichtsschreibung. Der bedeutendste Schritt hin zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wäre Shadurski zufolge die Überwindung der Komplexe, die mit der (selbst)zugeschriebenen Provinzialität der belarussischen Nation verbunden seien. Christophe v. Werdt thematisiert das Problem der teleologischen Annahme sowohl belarussischer als auch ukrainischer Historiker, die moderne Nation sei ein natürlich gewachsenes, historisch notwendiges Produkt gesellschaftlicher Prozesse. Dieser Logik folgend erscheinen beide Nationen als „verspätet“ oder „unvollständig“. Gegen die Versuche, isolierte (belarussische, russische, polnische, jüdische) Geschichtsschreibungen zu betreiben, plädiert v. Werdt für eine transkulturelle Betrachtung dieser Region, deren Charakter sich die durch die Verbindung zu unterschiedlichen Machtzentren herausgebildet habe.

Ein bedeutendes Thema der Belarussforschung ist stets die Identität. Henadz' Sahanovič veranschaulicht die multiplen Identitätszuschreibungen des belarussischen Adels seit

der frühen Neuzeit. Rudolf A. Mark vertieft das Problem der verspäteten Nationsbildung in Belarus aus soziohistorischer und wissenschaftlicher Perspektive und betont die äußeren Faktoren, die die politischen Machteliten dazu bewegt haben, nach dem Ersten Weltkrieg die Belarussische Sowjetrepublik einzurichten. Zachar Šybeka fokussiert auf die erst langsam entstehende belarussische Urbanität und den wachsenden kulturellen Einfluss städtischer Zentren. Er betrachtet die Urbanisierung als einen Weg zur Demokratisierung, ökonomischen Transformation und Europäisierung der belarussischen Gesellschaft. Urbanität spielt auch im Beitrag von Stefan Rohdewald eine prominente Rolle. Er unterstreicht die Bedeutung des städtischen Raumes für die Beschreibung kultureller Differenz und zeigt am Beispiel des nordbelarussischen Polock, wie imperiale Homogenisierungsbestrebungen einen multikulturellen urbanen Handlungsraum vernichteten.

Jörg Ganzenmüller veranschaulicht, dass die doppelte kulturelle Prägung durch die Adelsrepublik und das Zarenreich nicht durch eine abrupte Ablösung Polens durch Russland entstand, sondern durch eine langjährige Transformation, die sich zunächst nur symbolisch und erst später in der administrativen Praxis ausdrückte. Iryna S. Kashtalian zeigt, wie durch die ständige Aufoktroierung fremder Lebensmuster, permanente Gewaltandrohung seitens staatlicher Organe und endlose Propagandakampagnen sich der für Belarus typische äußerliche Konformismus bei gleichzeitigem permanenten passiven Widerstand ausformte.

Auch religiöse Fragen spielen eine Rolle. Rayk Einax erklärt, dass nicht in erster Linie die staatlichen antireligiösen Kampagnen, sondern die umfassende Nachkriegsurbanisierung für den Bedeutungsrückgang der Religion verantwortlich war. Dennoch habe sie ihre gesellschaftliche Rolle nie gänzlich eingebüßt. Martin Schön untersucht, warum sich das Verhältnis der Staatsmacht zur Römisch-Katholischen Kirche allmählich entspannt, während die Beziehungen zu den protestantischen Glaubensgemeinschaften immer noch von Misstrauen geprägt sind. Die jüdische Bevölkerung ist in der belarussischen Geschichtsschreibung trotz ihrer Bedeutung immer noch unterrepräsentiert. Alexander Friedman widerlegt das oft gehegte Vorurteil, der Antisemitismus sei erst mit der deutschen Besetzung nach Belarus gekommen.

Zu den Ereignissen der neueren Geschichte, die Belarus maßgeblich prägten, gehört zweifellos die Reaktorkatastrophe von Černobyl' 1986. Andrei Stepanov begründet deren hohen Stellenwert als Katalysator gesellschaftlicher Prozesse und erinnert daran, dass die stark betroffenen Gebiete nahezu ein Viertel des belarussischen Territoriums umfassten. Die Reflexion darüber entfachte Ende der 1980er Jahre, größtenteils in nationalistischen Kreisen, einen fragwürdigen Genozid-Diskurs, der jedoch keine dauerhafte Deutungshoheit etablieren konnte. Wie der Konflikt zwischen der lokalen Bevölkerung und den Behörden durch materielle Zuwendungen entschärft werden konnte, aber dennoch deutliche Spuren in der Entwicklung der Zivilgesellschaft hinterließ, beschreibt Aliaksandr Dalhouski.

Der Frage danach, wie ideologieabhängig und herrschaftsbedingt Erinnerung, ihre Inszenierung und Symbolik sein können, widmen sich die nächsten Beiträge. Ekatarina Kedding zeigt, wie die Erinnerung an den stark mystifizierten, ideologisch konstruierten Partisanenwiderstand gedächtnispolitisch verankert und in die belarussische Geschichte eingebettet ist, während der Holocaust, der rund ein Drittel der belarussischen Bevölkerung vernichtete, lediglich am Rande der Erinnerungskultur, zumeist aus privater Initiative heraus, Geltung finde. Dzmitry Kryvashei stellt den bescheidenen und subtilen individuellen Nonkonformismus des „Chruščev'schen Tauwetters“ dar. Elena Temper schildert, wie sich die Inszenierung belarussischer Geschichte seit der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 zunächst als maximaler Kontrast zur sowjetischen Lesart entwickelt hat, und erklärt ihr rasches Scheitern als Folge einer neuen postsowjetischen Inszenierung. Felix Ackermann erklärt, warum es kein Widerspruch sei, wenn im postsowjetischen Hrodna Belarussen in Volkstrachten neben anderen nationalen Minderheiten aufmarschieren. Diese von oben geplante Inszenierung von Ethnizität zeige eine städtische Sichtweise auf das Dörfli-

che, aber auch als eine mehrheitlich akzeptierte Darstellung der eigenen Wurzeln. Elizaveta Slepovitich zeigt, wie das *blat*, also materielle Wertschöpfung aus privaten Beziehungen zu Vertretern staatlicher Umverteilungsorgane, in Satirezeitschriften zunächst als ein menschliches Laster dargestellt wurde, während der Glasnost-Periode aber zunehmend als ein Charakteristikum des sowjetischen Systems.

Resümierend plädiert Bohn für eine Fokussierung auf Einzelschicksale als Schlüssel für das Verstehen von Belarus. Anstatt der generalisierenden Makroperspektive plädiert er für Sensibilität für lokale, mikrosoziale, zum Teil überraschend anarchische Details der belarussischen Geschichte. Der Sammelband zeugt insofern auch von einer Entdeckung. Entdeckt wird ein Phänomen, das in Europa bisher kaum wahrgenommen oder bestenfalls missverstanden wurde und sich als ein interessantes Objekt im Zuge des *transnational turn* erweisen kann – ein Land, eine Gesellschaft, ein Phänomen, das in der von Nationalismus geprägten europäischen Gesellschaft Aspekte bereithält, die andernorts in Vergessenheit geraten sind.

Gießen – Marburg

Konrad Hierasimowicz

**Bunte Flecken in Weißrussland.** Erinnerungsorte zwischen polnisch-litauischer Union und russisch-sowjetischem Imperium. Hrsg. von Thomas M. Bohn, Rayk Einax und Julian Mühlbauer. (Historische Belarus-Studien, Bd. 1.) Harrassowitz. Wiesbaden 2013. 231 S. ISBN 978-3-447-10067-0. (€38,-)

Aus westeuropäischer Perspektive wird Weißrussland oft als ein weißer Fleck in Europa wahrgenommen, der Blick bleibt meist auf die aktuelle politische Situation in der angeblich „letzten Diktatur Europas“ beschränkt. Die Hrsg. des vorliegenden Sammelbandes haben sich zum Ziel gesetzt, diesem weißen Fleck Farbe zu geben. Die Publikation geht auf das zweite Treffen<sup>1</sup> der Belarus-Arbeitsgruppe an der Justus-Liebig-Universität Gießen 2011 zurück. Wissenschaftler, darunter gerade auch jüngere, aus mehreren Nationen vermitteln in 18 Beiträgen Einblicke in unterschiedliche Bereiche der weißrussischen Geschichte. Die historische Perspektive veranschaulicht die Bedeutung der Region als Kontaktzone zwischen Ost und West sowie die mannigfaltigen Einflüsse auf das Land, das dem Großfürstentum Litauen und der polnischen Adelsrepublik, dem Russischen Reich und der Sowjetunion angehörte, bis es 1990 seine Unabhängigkeit erklärte. Die wechselvolle Geschichte spiegelt sich auch in den Irritationen in Bezug auf die Bezeichnungen des Landes wider – Ruthenien, Weißrussland, Belorussland, Republik Belarus (vgl. S. 10).

Die Vielgesichtigkeit der multikulturellen Region und die „bunten Flecken“ in der weißrussischen Geschichte werden in mehreren Beiträgen des Bandes eindrucksvoll dargestellt: Henadz' Sahanovič schildert die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt Rutheniens im Großfürstentum Litauen und zeigt Beispiele friedlichen Zusammenlebens und gelebter Toleranz im Alltag. Zachar Šybeka zeichnet die höchstinteressante Geschichte der Mjastetschki (mjastečki) – kleinerer Agrarstädte, die in effektiver Arbeitsteilung landwirtschaftliche und unternehmerische Bedürfnisse bedienen und von Unierten, Katholiken, Orthodoxen, Protestanten, Juden und Muslimen bewohnt und geprägt waren. Die dortigen Landgüter und Schlösser beherbergten bedeutende Kulturschätze wie Gemälde, Bibliotheken, Archive und Museumssammlungen, die durch zahlreiche Kriege zerstört oder außer Landes gebracht und bis heute nicht zurückerstattet wurden. Die Entwicklung des Tourismus trägt positiv zur Wiederentdeckung des kulturellen Erbes bei, auch wenn einige der noch bestehenden Architekturdenkmäler im Zuge von Modernisierungsmaßnah-

<sup>1</sup> Die Ergebnisse des ersten Treffens 2009 sind publiziert in: THOMAS M. BOHN, VICTOR SHADURSKI (Hrsg.): Ein weißer Fleck in Europa ... Die Imagination der Belarus als Kontaktzone zwischen Ost und West, Bielefeld 2011.

men von der Zerstörung bedroht sind. Im Urwald der Beloweschskaja Puschtscha (Bialowiezer Heide), wo man sich um die Wiederaufzucht von Wisenten bemüht, wird mit dem Tourismus hingegen die Schaffung eines weißrussischen Erinnerungsortes vorangetrieben, der nicht mit der untergegangenen jahrhundertealten historischen Landschaft, sondern vielmehr mit dem Gedenken an die Partisanen verbunden ist, wie Thomas M. Bohn zeigt. Volha Bartash zeichnet die jahrhundertealte Koexistenz der Roma und der weißrussischen Bauern nach, die sich im Handel und in familiären Verbindungen zeigte und dennoch nicht ohne gegenseitige Vorurteile auskam. Die in der Sowjetunion verordnete Sesshaftigkeit der Roma erforderte eine Anpassung, ohne hierfür zugleich konkrete Hilfestellung zu bieten. Die postsowjetische Zeit machte die Erfahrungen der Koexistenz rasch zunichte und führte zur Marginalisierung der Roma und zu einem Anstieg des Antiziganismus.

Die Vielsprachigkeit und multikulturelle Offenheit erlebten in den 1920er Jahren eine kurze Blütezeit, wie aus den Beiträgen von Johannes Wiggering zur Gründungsphase der Belarussischen Staatsuniversität (BGU) und von Dimitri Romanowski zur dänischen Landwirtschaft als Vorbild für Weißrussland hervorgeht. Die sowjetische Politik der „Belarusifizierung“ förderte die Entfaltung der belarussischen Sprache, Kultur, Literatur und Wissenschaft. Es entwickelte sich auch eine belarussische Wirtschaftswissenschaft, deren Vertreter bereits seit Beginn des 20. Jh. die ökonomischen Konzepte in Skandinavien beobachteten und ein an die lokalen Gegebenheiten angepasstes Modell entwickelten. Ab 1928/29 wurde die Belarusifizierung jedoch revidiert, stalinistische Repressionen führten zu einem gesellschaftlichen Umbruch, in dessen Folge die belarussische Wissenschaft abgewertet sowie das akademische Personal der BGU entlassen und verhaftet wurde; es herrschte eine Kultur des Misstrauens und der Denunziation. Die Anhänger skandinavischer Agrarmodelle wurden der Erneuerung des Kapitalismus bezichtigt und zu Volksfeinden erklärt. Die Anpassung an den *homo sovieticus* begann.

Mit der deutschen Besatzung begann das dunkelste Kapitel der weißrussischen Geschichte. Christoph Rass und Aliaksandr Dalhouski schildern in ihrem Beitrag ein Massenverbrechen der Wehrmacht aus der Endphase der deutschen Herrschaft, bei dem im März 1944 etwa 50 000 Zivilisten, darunter vor allem Frauen, Kleinkinder, ältere und erkrankte Menschen, als „unnütze Esser“ in die Lager bei Osaritschi deportiert und zurückgelassen wurden. Die Deportation der „arbeitsunfähigen“ Menschen sollte den deutschen Herrschaftsbereich entlasten und die anrückende Rote Armee mit der Rettung der Überlebenden belasten. Die überlebenden Opfer der Deportation wurden nach dem Krieg dem Generalverdacht der Kollaboration ausgesetzt und haben nur schwer und spät ihren Platz in der Erinnerungskultur gefunden, die die antifaschistische Partisanenbewegung in den Mittelpunkt stellte. Dem Partisanenwiderstand und seinem Stellenwert als Identifikationsangebot in der sowjetischen Epoche und in der heutigen Republik widmet sich anschließend Ekaterina Keding.

Eine Reihe von Beiträgen vermittelt Einsichten in verschiedene Bereiche der sowjet-weißrussischen Geschichte: Julian Mühlbauer schildert die steile Karriere des Parteifunktionärs Petr M. Mascherau, der bis heute einen festen Platz in der belarussischen Erinnerungskultur einnimmt. Elizaveta Slepovitch führt am Beispiel eines Einzelschicksals das Alltagsleben der Juden in der Sowjetunion vom Spätstalinismus bis zur Perestroika vor. Mitunter Kurioses erfährt man aus den Beiträgen von Rayk Einax über die belarussischen Geldscheine nach dem Wegfall des sowjetischen Rubels und von Michele Klöckner über den Austausch von Freundschaftszügen zwischen der DDR und der BSSR, die nicht nur den institutionalisierten freundschaftlichen Kontakten, sondern nebenbei auch dem Handel mit Konsumgütern dienen. Alexander Friedman schildert Höhen und Tiefen der belarussischen Handballmannschaft SKA Minsk, deren Erfolge zur Aufmunterung der Bevölkerung in der schweren Zeit nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl beigetragen haben.

Stefan Jarolimek dokumentiert einige Instrumente der staatlichen Zensur, die sich seit dem Amtseintritt von Aljaksandr Lukašenka gegen einen unabhängigen Journalismus richtet und in die Journalistenausbildung eingreift. Konrad Hierasimowicz zeigt, dass auch belarussische Künstler staatlichem Druck ausgesetzt sind, wenn sie die politisch-gesellschaftliche Situation des Landes in ihren Werken verarbeiten und wenn ihre Werke von der offiziellen, (post-)sowjetischen Kultur abweichen. Manche müssen im Untergrund oder im Ausland wirken, um aktiv, kontrovers und unbequem bleiben zu können. H. stellt in seinem Beitrag einige Kurzporträts der, wie H. es selbst formuliert, „unARTigen“ (S. 224) Künstlerinnen und Künstler vor, die als bunte Vögel Hoffnung auf mehr Vielfalt in der heutigen belarussischen Gesellschaft machen.

Die thematisch breite und gut lesbare Textsammlung der Belarus-Arbeitsgruppe erweitert die Forschungslandschaft um neue, zum Teil bislang unbekannte Aspekte der weißrussischen Geschichte und Kultur. Die Beiträge eröffnen vielfältige Perspektiven auf eine multikulturelle Region an der Grenze zwischen Ost und West, die im 20. Jh. zum Schauplatz zweier Weltkriege, gewaltiger sozialer Umbrüche sowie demografischer und atomarer Katastrophen wurde. In ihrer Gesamtheit tragen die Studien zum Verständnis von Problemen und Herausforderungen der heutigen weißrussischen Gesellschaft bei.

Berlin

Svetlana Burmistr

**Nationalistische Politik und Ressentiments.** Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart. Hrsg. von Johannes Frackowiak. (Berichte und Studien. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., Bd. 64.) V & R Unipress. Göttingen 2013. 313 S., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-8471-0152-9. (€29,99.)

**Kommunikation über Grenzen.** Polen als Schauplatz transnationaler Akteure von den Teilungen bis heute. Hrsg. von Lisa Bicknell, Benjamin Conrad und Hans-Christian Petersen. (Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 6.) Lit-Verl. Berlin 2013. II, 158 S., Ill., graph. Darst., Kt. ISBN 978-3-643-11971-1. (€24,90.)

Die deutsch-polnischen Beziehungen stellen innerhalb der deutschen Geschichtsschreibung über Ostmitteleuropa nach wie vor ein besonders intensiv behandeltes Themengebiet dar. Wie vielfältig die in diesem Zusammenhang betriebenen Einzelprojekte sind, haben nicht zuletzt die mittlerweile drei Tagungen Deutsche Polenforschung seit 2010 gezeigt. Parallel dazu schlug sich diese Entwicklung in der Konzipierung eines fünfbandigen Handbuchs nieder.<sup>1</sup> Jede neu hinzukommende Publikation sollte sich also um eine präzise methodische Verortung bemühen.

Der von Johannes Frackowiak herausgegebene Band, der auf einem im September 2011 vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden veranstalteten Workshop beruht, widmet sich einer Fragestellung, die auf den ersten Blick etwas aus der Zeit gefallen zu sein scheint. In den zurückliegenden beiden Jahrzehnten suchte die deutsche und polnische Forschung, wenn man vom Zweiten Weltkrieg absieht, doch eher nach Kontakten zwischen den beiden Nationen; Stichworte wie „Akkulturation“, „Lernen vom Gegner“ oder „Verflechtungsgeschichte“ prägten den Diskurs. Dass sich die Beiträge dem „Einfluss von Nationalismus und nationalistischer Politik auf die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen“ (S. 7 f.) widmen, könnte mit der politischen Entwicklung im 21. Jh. zusammenhängen, wie der Hrsg. in seiner Einleitung andeutet: Es sei z.B. nach möglichen nationalistischen Ressentiments in der polnischen Bevölkerung unter der Regierung Jarosław Kaczyńskis zu fragen.

<sup>1</sup> DIETER BINGEN, HANS-JÜRGEN BÖMELBURG u.a. (Hrsg.): WBG Deutsch-polnische Geschichte, Darmstadt 2014 ff.

Nun liegt Kaczyńskis Regierungszeit schon einige Jahre zurück, und die Autorinnen und Autoren der zwölf chronologisch angeordneten Beiträge streben auch nicht gezielt danach, Parallelen zwischen der Tagespolitik und der vielschichtigen deutsch-polnischen Vergangenheit zu ziehen. Der Band wirkt in der Gesamtschau eher wie ein Handbuch, das in fünf Abschnitte untergliedert einen Überblick über zwei Jahrhunderte deutsch-polnischen Gegen- und Miteinanders geben will. Diesen Eindruck unterstreichen Beiträge zu allgemeineren Themen, insbesondere die von Christoph Kleßmann und Frackowiak zur Polenpolitik des Kaiserreichs, von Uwe Müller zu den entsprechenden wirtschaftlichen Maßnahmen vor 1918 oder von Markus Roth zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik. Hier schöpfen die Vf., ohne wirklich neue Erkenntnisse vorlegen zu wollen, aus ihrer breiten Literatur- und Quellenkenntnis. In dem recht allgemein geratenen Fazit von Kleßmann und Frackowiak, „auf historische Perspektiven und Analysen zurückzugreifen, auch wenn sich daraus keine einfachen Lehren für politische Probleme ziehen lassen“ (S. 38), wird dann aber doch auf eine mögliche tagespolitische Relevanz der untersuchten Fragestellung Bezug genommen. Der fünfte und letzte Abschnitt zum Zeitraum seit 1989 enthält nur einen einzigen Beitrag, in dem sich Tytus Jaskułowski mit den Ressentiments im deutsch-polnischen Verhältnis beschäftigt. Zwar ist es in konzeptioneller Hinsicht nie überzeugend, durch ein eigenes Kapitel einen Schwerpunkt vorzugaukeln, ohne ihn dann mit einer hinreichenden Anzahl von Beiträgen zu füllen, aber vielleicht lässt sich im vorliegenden Fall daraus auch die Erkenntnis ableiten, dass nationalistisches Denken im 21. Jh. im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen kein sonderlich ergiebiges Forschungsfeld darstellt.

Insgesamt liegt hier also eher ein Sammelband im klassischen Sinne vor. Die Mehrzahl der Zeitabschnitte wird durch Fallstudien repräsentiert, wobei zwei Beiträge nicht nur durch ihren größeren Umfang, sondern auch dadurch hervorstechen, dass sie neues Quellenmaterial erschließen und nicht, wie einige andere Aufsätze dieses Bandes, auf bereits veröffentlichten Qualifikationsschriften beruhen: Mike Schmeitzner nimmt die politischen Aktivitäten des an der Königlichen Akademie in Posen lehrenden Historikers Alfred Herrmann in den Blick. Herrmann engagierte sich seit Ende 1918 sowohl in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei als auch an der Spitze des Deutschen Volksrates, der sich als Selbstverwaltungsorgan der Deutschen in der vom Zerfall bedrohten Provinz Posen verstand. Indem Schmeitzner detailliert Herrmanns Lavieren zwischen Annäherungsversuchen an die im Entstehen begriffene polnische Staatsgewalt und polenfeindlicher Propaganda schildert, führt er beispielhaft vor Augen, dass nationalistisches Gebaren, sei es von deutscher oder von polnischer Seite, fast immer auch von einem gegenläufigen, auf Verständigung oder gar Versöhnung abzielenden Verhalten aus demselben nationalen Lager flankiert wurde, gegen das es sich ebenso richtete wie gegen das nationale Gegenüber. Im Zweiten Weltkrieg hingegen, das zeigt der ausführliche Beitrag von Frackowiak zur Deutschen Volksliste, war zwar keinerlei Verständigung mehr vorgesehen, aber es gelang den Besatzern auch nicht, die Diskriminierung einheitlich durchzuziehen: Während im Reichsgau „Wartheland der Kreis der Einzudeutschen deutlich enger gezogen“ worden sei (S. 209), hätten die Verantwortlichen des Reichsgaues Danzig-Westpreußen eine „inklusive, an die frühere preußische Assimilationspolitik erinnernde Germanisierungspolitik“ betrieben (S. 206). Mit seiner geplanten Monografie zu dieser Thematik hat der Vf. eine eklatante Forschungslücke aufgegriffen.

In dem zweiten anzuzeigenden Band spielt der Zweite Weltkrieg keine Rolle. Zwar liegen auch den hier behandelten Themen Konflikte und Ressentiments zugrunde, doch nähern sich die Hrsg. ihrem Gegenstand von der entgegengesetzten Seite und nehmen die Gemeinsamkeiten zum Ausgangspunkt ihrer Einordnung. Sie sehen den „Komplex aus Sprache und Kommunikation, entweder über Grenzen oder über Grenzen hinweg“, sowie die maßgebliche Rolle von „individuellen und kollektiven Akteuren“ (S. 6) als die verbindenden Elemente der lediglich sechs Beiträge, die Jan Kusber in einem abschließenden Kommentar resümiert. Dieses Raster ist natürlich ziemlich grob. Die Hrsg. Lisa Bick-

nell und Benjamin Conrad weisen dann auch einleitend darauf hin, dass die Konzipierung des Bandes praktischen Überlegungen folgte: Im September 2011 fand in Mainz die Zweite Tagung Deutsche Polenforschung statt, und der Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte, dem die Autorinnen und Autoren mehrheitlich angehören, steuerte hierzu ein Panel bei, aus dessen Beiträgen der Band besteht. Der im Untertitel angedeutete Aspekt des Transnationalen dient nicht als methodische Klammer und wird in der Einleitung (S. 6) nur ganz am Rande erwähnt. Das ist konsequent, denn weder in den Beiträgen noch in Kusbers Kommentar wird näher auf „Transnationalität“ eingegangen. Letztlich geht es um zwischenstaatliche, grenzüberschreitende und nationsübergreifende Kontakte und Kooperationen zwischen dem 19. und 21. Jh., die man bis vor einigen Jahren unter der Beziehungsgeschichte subsummiert hätte. Insofern wäre es ehrlicher gewesen, im Titel ganz auf das Transnationale zu verzichten.

Da eine enger gefasste übergreifende Fragestellung fehlt, ergeben die Beiträge ein äußerst breites Spektrum an Themen. Nur zwei der Beiträge hängen thematisch und chronologisch enger zusammen: Bicknell untersucht den Dialog zwischen Marion Dönhoff, Herausgeberin von *Die Zeit*, und Mieczysław Rakowski, Chefredakteur der *Polityka*, seit den 1960er Jahren. Dabei interessiert sie insbesondere, wie sich deren Position „als führende Journalisten ihres jeweiligen Landes“ (S. 116) angesichts der in Polen und Deutschland ganz unterschiedlich vorhandenen Meinungsfreiheit darstellte. Hans-Christian Petersen beschäftigt sich mit den von der bisherigen Forschung kaum beachteten Lindenfelder Gesprächen. Dieses 1964-1979 existierende Gesprächsforum führte erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg bundesdeutsche und exilpolnische Historiker zusammen und bildete so einen wichtigen Vorläufer der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche. Die ungezwungene Atmosphäre und der konservative Grundkonsens zwischen allen Beteiligten trugen dazu bei, dass die insgesamt neunmal zustande gekommenen Gespräche insbesondere auch für kontroverse Debatten innerhalb der polnischen Teilnehmer genutzt wurden.

Die übrigen vier Beiträge weisen einen stärkeren Bezug auf einzelne (Groß-)Regionen auf. Benjamin Conrad beschäftigt sich mit der Ostpolitik Józef Piłsudskis 1918-1920 und kommt zu dem Ergebnis, dass dieser – anders als vielfach behauptet – keineswegs eine Föderation mit den östlichen Nachbarn Polens, sondern eine „Institutionalisierung der polnischen Vorherrschaft mittels Schaffung eines Gürtels von Satellitenstaaten“ (S. 289) angestrebt habe. Steffi Marungs anschließender Beitrag über die Rolle Polens in der Politik der EU gegenüber Osteuropa, insbesondere der Ukraine, beruht auf ihrer 2013 publizierten Dissertation<sup>2</sup>. Er ist im Frühjahr 2014 vor dem Hintergrund des ukrainisch-russischen Konfliktes natürlich von besonderem Interesse – dass „die Verschiebung und Neu-deutung ‚zivilisatorischer‘ Grenzen zwischen Ost und West als eines der erfolgreichsten Projekte polnischer Europa- und Ostpolitiker gelten“ kann (S. 58 f.), mag man derzeit nicht wirklich glauben. Die Beiträge von Daniela Druschel und Justyna A. Turkowska schließlich beschäftigen sich mit zwei klassischen Schauplätzen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte. Anhand von Galizien betreffenden Gesetzestexten und Verordnungen fragt Druschel nach der innerbehördlichen Kommunikation und den Beziehungen zwischen Zentrale und Peripherie in der Habsburgermonarchie. Turkowska analysiert die Bekämpfung der Tuberkulose vor dem Hintergrund nicht nur der deutsch-polnischen Spannungen in der Provinz Posen, sondern auch des zeitgenössischen Hygienediskurses. Anders als man es im Rahmen dieses Bandes vielleicht erwarten würde, kommt die Vf. zu dem Schluss, dass die Problematisierung der Tuberkulose „weniger einer ethnisch/nationalen und stärker einer wissenschaftlich fundierten Kodierung“ unterlegen

<sup>2</sup> STEFFI MARUNG: Die wandernde Grenze. Die EU, Polen und der Wandel politischer Räume, 1990-2010, Göttingen 2013.

habe; sie sei „entlang sozial-politischer Deutungen – Tuberkulose als Krankheit der städtischen Arbeiter und Armen – ausgetragen“ worden (S. 100).

Nicht nur Turkowskas Beitrag zeigt, dass die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nicht zwangsläufig als eine Konfliktgeschichte geschrieben werden muss. Durch die seit jeher enge territoriale Verflechtung der beiden Nationen lassen sich in diesem Zusammenhang nach wie vor höchst interessante Fragestellungen auf einer breiten Quellenbasis erforschen. Die beiden Sammelbände liefern hierzu einige gelungene Fallstudien. Es zeigt sich aber auch, dass weder die deutsch-polnischen Beziehungen selbst noch allgemeine methodische Konstrukte wie „Nationalismus“ oder „Transnationalität“ ein hinreichend präzises Raster darstellen, das vergleichende Erkenntnisse zwischen den einzelnen Beiträgen ermöglichen und so die Texte zu einer in sich schlüssigen Einheit formen würde.

Marburg

Christoph Schutte

**Anna Wierzbicka: *We Francji i w Polsce 1900-1939*.** Sztuka, jej historyczne uwarunkowania i odbiór w świetle krytyków polsko-francuskich. [In Frankreich und in Polen 1900-1939. Kunst, ihre historischen Determinanten und die Rezeption im Spiegel der polnisch-französischen Kritik.] Inst. Sztuki Polskiej Akad. Nauk. Warszawa 2009. 417 S., 93 Ill., CD, franz. Zussass. ISBN 978-83-89101-82-2.

Trotz ihres bescheidenen Broschur-Einbandes ist die Monografie von Anna Wierzbicka nicht nur umfangreich, sondern auch ausgesprochen gewichtig, und dies nicht nur im polnisch-französischen Kontext. Bereits der Titel kündigt hier eine nicht nur übernationale, sondern auch interdisziplinäre Forschungsperspektive an. Diese erweist sich im Laufe der Lektüre als noch breiter als erwartet, da die Präsentation dank zahlreicher Exkurse und bio-bibliografischer Bezüge ein gesamteuropäisches Spektrum umfasst.

Das Buch baut auf frühere Publikationen der Vf. zu den polnisch-französischen Kunstbeziehungen auf. Gleichzeitig ergänzt und revidiert diese Monografie in bemerkenswerter Weise weitere, nicht-polnische Publikationen zu diesem Themenbereich. W. nimmt dabei, um ihre Argumentation zu bekräftigen, z.B. stellenweise eine korrigierende Analyse kunstkritischer Texte vor, indem sie verschiedene Sprachversionen einander gegenüberstellt. So kann sie nachweisen, dass deren Aussagen an den Geschmack und die Bedürfnisse des jeweiligen lokalen Publikums angepasst wurden. Es handelt es sich um die bisher gründlichste Abhandlung über die Kunstkritiker polnisch-jüdischer Abstammung, die im Paris der ersten drei Jahrzehnte des 20. Jh. wirkten und dort den kunstkritischen Diskurs mitprägten. Sie bezogen sich auf die zeitgenössische Kunst, insbesondere das Werk der *École de Paris*, die Kunst des sogenannten „neuen Humanismus“, den Funktionalismus oder auch das Werk der Kunstschaffenden aus dem Umkreis der italienischen Zeitschrift *Valori Plastici*. Zu diesem Kreis zählten vor allem Adolf Basler und Waldemar George (ursprünglich: Waldemar Jerzy Jarociński), die in Paris eine meinungsbildende Rolle spielten und denen W.s Aufmerksamkeit hauptsächlich gilt, sowie Chil Aronson, Zygmunt Klingsland, Antoni Potocki, Jan Topass, Edward Woroniecki und Zygmunt Lubicz Zaleski.

Basler war zeitweilig als Sekretär des bekannten Kunstkritikers polnisch-italienischer Abstammung Guillaume Apollinaire tätig, dessen Inspiration sich auch in seinen zahlreichen in polnischen Zeitschriften veröffentlichten Texten widerspiegelt. Diese zeichneten sich im Vergleich zu denen anderer Korrespondenten durch eine profunde Kenntnis sowohl der internationalen Avantgarde in Paris als auch der dortigen polnischen Künstlerkolonie aus. Der erst in den 1920er Jahren debütierende George wurde wiederum zu einem der anerkanntesten Befürworter der Rückkehr zur klassischen Tradition. Beide engagierten sich in den Polemiken über die nationale und jüdische sowie afrikanische Kunst.

Die Kunstkritiken der in den acht Kapiteln berücksichtigten polnischen Autoren zeigen ein facettenreiches Bild ihrer Epoche, das von solchen Kunsttheoretikern wie Alois Riegl, Heinrich Wölfflin oder Johann Jacob Winckelmann und Philosophen wie Friedrich Nietzsche, Henri Bergson oder Arthur Schopenhauer, aber auch von solchen Wegbereitern des



national-rassistischen Denkens wie Oswald Spengler und Hermann Keyserling geprägt wurde. Alle Kapitel sind mit französischen Zusammenfassungen versehen, leider jedoch nicht die sehr präzise Darstellung des Forschungsstands.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auf alle Vorzüge dieser sich durch informative Dichte auszeichnenden Abhandlung einzugehen. Erwähnt werden sollten jedoch mindestens einige spezifische Aspekte. In der vielschichtigen Charakteristik des kunstkritischen Denkens polnisch-jüdischer Autoren in Paris berücksichtigt die Vf. nicht nur dessen wichtigste Schwerpunkte wie Malerei, Plastik und angewandte Kunst sowie die generations- und milieubedingten Polemiken, sondern auch die Strategien der Kunstvermarktung und die Mechanismen der Kunstrezeption. Dabei skizziert sie auch das Panorama der staatlichen und privaten Kunstinstitutionen wie Salons und Galerien oder geht z.B. auf die Rolle des polnischen Instituts für Kunstpropaganda sowie die gemeinsam vom polnischen und französischen Staat geförderten Kunstausstellungen und Periodika bzw. auf den staatlichen „Kulturtotalitarismus“, d.h. auf die offizielle Repräsentation in der bildenden Kunst generell ein. Sie bespricht nicht nur die Entwicklung der wichtigsten Stilrichtungen und Kunsttendenzen in Polen und Frankreich, wie z.B. den Kubismus und *rappel à l'ordre*, sondern erläutert auch die politisch-ideologischen Gründe für die mangelnde Popularität anderer Stilrichtungen, etwa des „deutschen“ Expressionismus. Sie zeigt, auf welchem Wege dessen teilweise Anerkennung schließlich erfolgen konnte – etwa zehn Jahre verspätet über das Werk von Georges Rouault. Hier, wie auch in Bezug auf die gesamte Kunstkritik in Frankreich und Polen, stellt sie eine generell antideutsche und antijüdische Haltung der Öffentlichkeit fest.

Am Rande zeigt W. auch, wie sich die Protagonisten ihrer Abhandlung um die Etablierung bestimmter Begrifflichkeiten, z.B. „Abstraktion“, „Barbarismus“ (vor allem in Bezug auf die deutsche Kunst), oder auch um Kunstkategorien wie die Grotteske verdient gemacht haben. Apologetik liegt ihr allerdings fern. Sie weist etwa auf das Epigontum zahlreicher Besprechungen von Topass, auf die fehlende Objektivität und nachlassende Qualität der Texte von Basler oder auf die zeitweise deutliche Affinität Georges für Nationalsozialismus und Faschismus hin. Darüber hinaus deckt die Vf. einige fehlerhafte Prognosen bezüglich der Kunstentwicklung, Inkonsistenzen in den Meinungen der Protagonisten und nicht zuletzt deren meist kommerziell bedingten Konformismus auf. Ein markantes Beispiel ist hierfür etwa die Schwankungen unterworfenen Beurteilung des Beitrags nicht-französischer Künstler zur nationalen Kunst. M. weist auf die paradoxe Einstellung von George und Basler hin: Zum einen wechselten sich bei ihnen pro- und anti-avantgardistische Ansichten ab, zum anderem befürworteten sie einerseits die Assimilation ausländischer und kolonialer Künstler, andererseits jedoch wurden sie als „jüdische Antisemiten“ bekannt. Für ihre Beliebtheit in der polnischen Heimat sorgte nicht zuletzt die Tatsache, dass sie ihre französische Namensform verwendeten und dass etwa George, der perfekt Polnisch sprach, einen seiner Vorträge in Warschau 1932 auf Französisch hielt.

Insgesamt ist an dieser inhaltlich vorbildlichen Publikation wenig auszusetzen. Allerdings macht der etwas komplizierte und bisweilen abschweifende Stil zusammen mit dem geringen Zeilenabstand dem Leser die Orientierung in der Fülle von Informationen nicht gerade leicht. Weiterhin zeugen einige stilistische Verrenkungen von einer nur flüchtigen Redaktion des sonst so wertvollen Textes. Die Publikationen der Hauptprotagonisten sind in der Monografie nicht aufgelistet, doch findet man diese samt aller Biografien auf der beigefügten CD.

Dieses Buch, das einen gewichtigen Beitrag zur Geschichte der internationalen Kunstkritik und der Kunstzeitschriften nicht nur in Frankreich und Polen, sondern z.B. auch in Deutschland (*Die Aktion*, *Der Sturm*, *Das Kunstblatt* etc.) bildet, wird sicherlich zu einem für lange Zeit gültigen Standardwerk werden. Es stellt einen empfehlenswerten Wegweiser durch das Labyrinth der kunstkritischen Stilrichtungen und Schulen dar. Das Werk zeigt aber auf mustergültige Weise auch das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie in der Kunst, wobei es auch unbekannte Aspekte der Werkrezeption solcher Künstler wie etwa

Pablo Picasso und Auguste Rodin, Aubrey Beardsley und Giorgio de Chirico, Bolesław Biegas oder Eli Nadelmann, aber auch der deutschen Expressionisten mit einbezieht. Da diese überaus fundierte Monografie zudem relevante Phänomene und Stilrichtungen der deutschen, italienischen, tschechischen oder etwa amerikanischen Kunst- und Kunstkritik betrifft, wäre eine Übersetzung ins Englische wünschenswert, damit sie eine internationale Leserschaft erreichen kann.

Zielona Góra – Bamberg

Lidia Głuchowska

**Klaus Kempter: Joseph Wulf.** Ein Historikerschicksal in Deutschland. (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd. 18.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2013. 422 S., 11 s/w Ill. ISBN 978-3-525-36956-2. (€64,99.)

Warum lohnt es, sich heute noch mit einem Historiker zu befassen, der für seine Kollegen kein Wegbereiter war? Der 1912 geborene Auschwitz-Überlebende Joseph Wulf war in den 1950er Jahren der Erste, der in West-Deutschland ganze Bücher – Dokumentationen und (meist kürzere) Darstellungen – publizierte, um über den Nationalsozialismus und besonders über den nationalsozialistischen Judenmord aufzuklären. Die Deutschen lasen sie mit Interesse, aber sie zogen daraus keine Konsequenzen. Jedenfalls schien es Wulf so, als er sich im Oktober 1974 das Leben nahm.

Klaus Kempter beleuchtet in seiner Biografie Wulfs Werk und Leben, das keineswegs als durchweg tragisch zu bezeichnen ist. Doch ist es der Lebensweg eines Außenseiters, dessen Errungenschaften im Nachkriegsdeutschland seiner Zeit voraus waren. Damit verbanden sich Isolation und ein Gefühl von Hilflosigkeit. Für K. ist daher „Wulfs Leben und Werk [...] ein Seismograf der Entwicklung vergangenheitspolitischen Denkens und Argumentierens in der Bundesrepublik“ (S. 14). Die wichtigsten Stationen im Leben von Wulf umreißen den geografischen Rahmen seines aufklärerischen Interesses: Geboren in Chemnitz, aufgewachsen in Krakau, deportiert nach Auschwitz, erkor er West-Berlin zur Wahlheimat, wo sein Lebenswerk entstehen sollte; selbst bezeichnete er sich gern als „galizischen Juden“ (S. 28). Begraben ist er in Tel Aviv.

Der Vf. nutzt den umfangreichen Nachlass Wulfs im Heidelberger Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, daneben kleinere Bestände in- und ausländischer Archive. Darüber hinaus betrachtet er das Werk Wulfs, das zunächst in Polen entstand, wo er gegen Kriegsende zu jenen (von Kind auf) jiddischsprachigen Überlebenden gehörte, die – im März 1945 – die Jüdische Historische Kommission in der Woiwodschaft Krakau ins Leben riefen. Mit Gleichgesinnten sammelte er Dokumente über den Judenmord sowie Zeugnisse und Überreste jüdischer Existenz, die die Katastrophe überdauert hatten. Wie etliche seiner Mitstreiter war er ein vielseitig – im Weltlichen und Religiösen – Gebildeter, der als Autodidakt zum Handwerk des Historikers fand. Ständig stand ihm seit 1945 die Mahnung der sechs Millionen Ermordeten vor Augen (S. 65). Zunächst aber verließ er Polen unter dem Eindruck des Nachkriegsantisemitismus (S. 88-94) – hier hätte ich mir ein weniger holzschnittartiges Eingehen auf die politisch verwickelten Zeitumstände gewünscht. Er war jeweils kurz in Schweden und Frankreich tätig, wo es ihm nicht gelang, beruflich Fuß zu fassen. Nachdem er ein Haus in West-Berlin zurückerhalten konnte, das seinem Vater gehört hatte, wechselte er abermals seinen Wohnsitz – nun bestrebt, die Geschichte der Schoah einer deutschen Leserschaft in Form einer Dokumentensammlung nahezubringen. „Ausrotten, ausrotten!“ ist das längste Kapitel in seinem – gemeinsam mit Léon Poliakov erarbeiteten – fulminanten dokumentarischen Erstlingswerk

*Das Dritte Reich und die Juden* (1955) überschrieben, sein erster beruflicher Erfolg<sup>1</sup>; Übersetzungen ins Französische, Niederländische und Spanische folgten.<sup>2</sup> Doch Wulf beschränkte sich nicht auf die Perspektive der Täter, sondern nutzte auch Materialien der unmittelbaren Nachkriegszeit – insbesondere Aussagen von Zeitzeugen –, um das Geschehen zugleich durch das Prisma jüdischer Erfahrungen zu vermitteln.

Eigene Erlebnisse motivierten ihn: Als „verwöhnter Schöngest“ (S. 39) aufgewachsen, schloss Wulf sich dem von zionistischen Jugendbewegten getragenen Widerstand an, ehe er für fast zwei Jahre Auschwitz überlebte, wie auch seine Frau Jenta und sein Sohn David – im Versteck und unter „arischer“ Tarnung – die nationalsozialistische Schreckensherrschaft mit Not zu überstehen vermochten. Seine Eltern und andere Verwandte wurden ermordet – seine Mutter allerdings nicht 1943 in Belzec, wie Wulf selbst glaubte (S. 63), denn dieses erste Tötungszentrum im Generalgouvernement nahm nach Dezember 1942 keine Todestransporte mehr auf.

Der Hauptteil von K.s Zeitstudie ist Wulfs Rolle in den (oben schon angekündigten) bundesdeutschen Unzuträglichkeiten und Verspannungen beim Umgang mit der NS-Vergangenheit vorbehalten. Zwei Bände mit NS-Dokumenten gab Wulf noch mit Poliakov gemeinsam heraus, seit den 1960er Jahren zeichnete er allein verantwortlich, so für die monumentale fünfbandige Dokumentation *Kunst und Kultur im Dritten Reich*. Als Spezialist gefragt war Wulf bei Hörfunk und Fernsehen, mit zahlreichen Vertretern der kulturellen und intellektuellen Elite West-Deutschlands schloss er Bekanntschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützte Forschungs- und Publikationsvorhaben des Privatgelehrten. Der Zentralrat der Juden zeichnete ihn 1961 mit dem Leo Baeck-Preis aus, 1964 erhielt er die Carl-von-Ossietzky-Medaille, 1970 schließlich verlieh ihm Berlins Freie Universität die Ehrendoktorwürde.

Die Hoffnungen, die Wulf mit dieser Auszeichnung verband, erfüllten sich nicht. Bei den bundesdeutschen Historikern stieß der produktive Einzelgänger auf weitgehende Ablehnung. Die bundesdeutsche Zeitgeschichte wurde – insbesondere am Münchner Institut für Zeitgeschichte – vom Funktionalismus dominiert, bei dem persönliche Verantwortlichkeiten – Justiziables also – zweit- oder dritrangig waren. Die von den jüdischen Historikern in der Volksrepublik Polen publizierten, detaillierten und großteils zuverlässigen Forschungen nahmen die Zeithistoriker in West- und Ost-Deutschland gewöhnlich nicht wahr (sie sind bis heute nicht auf Deutsch erschienen). „Der Mythos von der sauberen Wehrmacht“ (S. 220) war noch unüberwindbar, ebenso die Schlussstrich-Mentalität in weiten Teilen der Gesellschaft. Selbst Wulfs letztes Vorhaben, im „Haus der Endlösung“ am Wannsee ein internationales Dokumentationszentrum einzurichten, scheiterte am Zeitgeist. Es dauerte noch zwei Jahrzehnte, ehe dort eine Gedenk- und Bildungsstätte geschaffen wurde.

Im Privaten warf ihn der Tod seiner lange schwer kranken Frau Jenta aus der Bahn. Hinzu kam die Sorge um Israel, das – wie er im August 1974 feststellte – „zur Zeit so iso-

<sup>1</sup> Eine Generation später erschien es noch als Lizenzausgabe und unveränderter Nachdruck in der Taschenbuchreihe *Zeitgeschichte* des Frankfurter Ullstein-Verlags (1983) und beim Wiesbadener Fourier-Verlag (1989 und 1995).

<sup>2</sup> Das Thema war in diesen Jahren Teil eines west-östlichen Wettstreits, und die ostdeutsche Antwort stand dem nicht nach: TATIANA BERENSTEIN, ARTUR EISENBACH u.a. (Bearb.): *Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges*, Berlin 1960 (auch Frankfurt a.M. 1962). Es handelte sich um die ergänzte und erweiterte Fassung der polnischen Ausgabe: *Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich*, Warszawa 1957.

liert ist wie die Juden 1939-1945“.<sup>3</sup> An seinen Sohn in Paris schrieb er nun: „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht, und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst Dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein – die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen“ (S. 384).

In seiner Zeit – und am Ende auch seinem eigenen Empfinden nach – war Joseph Wulf ein Pionier auf verlorenem Posten. Jahrzehnte später erst hat sich das Bild grundlegend gewandelt. Heute ehrt die mittlere und jüngere Forschergeneration in Wulf ihren Vorläufer. Anders als seine Zeitgenossen zollen sie ihm Anerkennung, indem sie die – von Wulf bereits in Ansätzen vorweggenommene – „Täterforschung“ etablierten. Erst nach Wulfs Tod begann man hierzulande, die antijüdischen Verbrechen jenseits der Reichsgrenzen zu erforschen und bei deren Darstellung auch jüdische Zeugnisse an zentraler Stelle mit einzubeziehen.

Durch seine jüdisch-polnische Sozialisation und die tödliche Bedrohung unter dem NS-Regime fühlte sich Wulf von dem Auftrag beseelt, die Menschen mit den vom Nationalsozialismus selbst hervorgebrachten Schriftstücken über dessen Verbrechen an der Menschheit aufzuklären. Damit schuf er das erste Schriftdenkmal für die Opfer in unserer Sprache. Dafür vor allem gebührt Wulf noch heute unser Dank – wie auch seinem Biografen, dem es gelungen ist, lebensgeschichtliche und wechselnde Zeitumstände des Gesamtwerks seines Protagonisten so kundig, einfühlsam und oft spannend zu beschreiben.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

<sup>3</sup> Zit. nach BARBARA BREYSACH: Verbrennen, Widerstehen, Aufdecken und Bewahren. Über Joseph Wulfs Wirken in Krakau, Paris und Berlin, in: MARGRID BIRCKEN, HELMUT PEITSCH (Hrsg.): Brennende Bücher. Erinnerungen an den 10. Mai 1933, Potsdam 2003, S. 95-109, hier S. 100, URL: [http://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikationen/pdf/brennende\\_buecher.pdf](http://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikationen/pdf/brennende_buecher.pdf) (04.04.2014).

**Dariusz Jerczyński: Józef Koźdoń a narodowość śląska.** [Josef Koźdon und die schlesische Nationalität.] Narodowa Oficyna Śląska. Zabrze 2011. 289 S., Ill. ISBN 978-83-60540-08-4.

Józef Koźdoń (dt. meist Josef Koźdon, tschech. Josef Koždoň) wurde 1873 in Ober Lischna (poln. Leszna Górna) im österreichischen Kronland Schlesien geboren und starb 1949 in Troppau (tschech. Opava). Er stammte aus einer evangelischen bäuerlichen Familie, besuchte das Gymnasium und anschließend ein Lehrerseminar in Teschen (poln. Cieszyń, tschech. Těšín). Seit 1902 leitete er eine zweisprachige, deutsch-polnische Volksschule in Skotschau (poln. Skoczów). Seine eigentliche politische Karriere begann Koźdoń 1908, als er die Schlesische Volkspartei (Śląska Partia Ludowa) ins Leben rief, für die er dann im folgenden Jahr in den Landtag des Kronlandes Schlesien gewählt wurde.

Koźdońs Schlesische Volkspartei trat mit der Losung „Schlesien den Schlesiern“ an und vertrat die Ansicht, dass die Schlesier eine eigenständige Nationalität seien. Angesichts zunehmender Aktivitäten polnischer nationaler Organisationen aus Galizien und tschechischer aus Mähren im östlichen Teil des Kronlands Schlesien nach der Jahrhundertwende war die Schlesische Volkspartei eine Gegenbewegung, die sich der Ansicht der verschiedenen Nationalbewegungen entgegenstellte, dass es in dieser Region nur Deutsche, Polen und Tschechen gebe. In sprachlicher Hinsicht bildeten die hier gesprochenen slawischen Dialekte einen Übergangsbereich zwischen Polnisch und Tschechisch. Ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung war allerdings mehrsprachig und beherrschte neben den Dialekten auch Deutsch und die polnische oder tschechische Standardsprache. Koźdońs Partei verwendete in ihren Publikationen und auch in ihren internen Dokumenten in der Regel Polnisch. Politisch stand seine Partei jedoch in erster Linie mit den deutschen liberalen Kräften in der Region in Verbindung. Sie hatte ihre Basis in der die regionalen slawischen

Dialekte sprechenden Landbevölkerung. Hier war sie vor allem unter den Protestanten verwurzelt, die einen beträchtlichen Anteil an der Bevölkerung hatten, konnte aber auch Unterstützung unter den Katholiken gewinnen.

Im Herbst 1918 traten Koźdoń und seine Partei für den Erhalt Österreichs als Staatenföderation mit Schlesien als Bundesstaat ein. Als sich nach der Besetzung von Teilen Ostschlesiens durch polnische Truppen Ende des Jahres eine Teilung zwischen Polen und der Tschechoslowakei abzeichnete, trat Koźdoń entschieden für die Einheit ein. In Verbindung mit der Autonomie- und Selbstständigkeitsbewegung im preußischen Oberschlesien entwickelte er nun Konzepte für eine schlesische Selbstständigkeit. Nachdem jedoch die Alliierten im Zuge der Pariser Friedensverhandlungen sowohl für das preußische Oberschlesien als auch für Ostschlesien Volksabstimmungen angesetzt hatten, in denen eine Selbstständigkeit nicht vorgesehen war, unterstützte die Schlesische Volkspartei einen Anschluss des ungeteilten Ostschlesiens an die Tschechoslowakei. Dies war vor allem auf ihre deutsche Orientierung zurückzuführen. Sie hoffte, in Verbindung mit der starken deutschen Bevölkerungsgruppe in der Tschechoslowakei ihre Anliegen mit mehr Erfolg vertreten zu können als in Polen. Tatsächlich brachte die Entscheidung der Alliierten im Sommer 1920, Ostschlesien ohne Volksabstimmung entlang der Olsa zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu teilen, dann das Ergebnis, das Koźdoń und seine Anhänger am entschiedensten abgelehnt hatten. Danach spielte Koźdońs Partei nur noch im nun tschechoslowakischen Teil Schlesiens eine gewisse Rolle. Er selbst war von 1923 bis 1938 Bürgermeister des tschechischen Teils Teschens.

Weder die von Koźdoń repräsentierte politische Bewegung noch er selbst haben bisher über einige wenige Aufsätze hinaus eine vertiefte historiografische Behandlung erfahren. Das vorliegende Buch stellt die erste umfassende Biografie Koźdońs dar. Es handelt sich hier allerdings nicht um ein ausschließlich akademisches Werk, sondern Dariusz Jerczyński schreibt aus einer schlesischen Perspektive. Neben der Biografie Koźdońs ist er mit einer inzwischen in der dritten Auflage erschienenen Geschichte Oberschlesiens hervorgetreten, die Erzählungen der Geschichte dieser Region aus polnischer oder deutscher Perspektive eine schlesische Sicht entgegenstellt.<sup>1</sup> Damit sind J.s Schriften eng mit den seit den 1990er Jahren entstandenen Bestrebungen verbunden, für die Schlesier Anerkennung als eigenständige Nationalität zu erlangen. J.s Geschichte Oberschlesiens wie auch seiner Biografie Koźdońs geht es darum, die Eigenständigkeit der Oberschlesier und die Vorgeschichte der aktuellen politischen Bestrebungen anhand früherer vergleichbarer Bewegungen zu zeigen. Nicht erstaunlich ist, dass in einem solchen Zusammenhang Koźdoń zum Gegenstand einer Biografie wird. Bei seiner politischen Partei handelte es sich um die früheste und dauerhafteste Organisation, die für die Anerkennung einer schlesischen Eigenständigkeit eintrat. Im preußischen Oberschlesien gab es nur während der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg eine starke politische Bewegung, die entsprechende Positionen vertrat. Nach der Teilung des preußischen Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen 1922 ging sie hier wieder weitgehend in anderen politischen Gruppierungen auf, darunter vorwiegend in denen, die an das Erbe der katholischen Zentrums-*partei* anknüpften.

Trotz dieses nichtakademischen Kontextes handelt es sich bei J.s Koźdoń-Biografie und seiner Geschichte Oberschlesiens um umfassend durch Quellen und Belege aus der Forschungsliteratur dokumentierte Schriften, die oft lohnende, andere Perspektiven auf die

<sup>1</sup> DARIUSZ JERCZYŃSKI: *Historia Narodu Śląskiego. Prawdziwe dzieje ziem śląskich od średniowiecza do progu trzeciego tysiąclecia* [Die Geschichte der schlesischen Nation. Die wirkliche Geschichte des schlesischen Landes vom Mittelalter bis zur dritten Jahrtausendwende], 3., erheblich erweiterte Aufl., Katowice 2013 (1. Aufl. 2003).

Geschichte dieser Region eröffnen und deshalb auch in der akademischen Geschichtsschreibung nicht unbeachtet bleiben sollten.

Halle (Saale)

Kai Struve

**Gerd Behrens: Der Mythos der deutschen Überlegenheit.** Die deutschen Demokraten und die Entstehung des polnischen Staates 1916-1922. (Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen, Bd. 9.) Lang-Ed. Frankfurt am Main 2013. 749 S. ISBN 978-3-631-63466-0. (€99,95.)

Diese an der Universität Oldenburg entstandene Dissertation hat nicht nur einen einprägsamen Titel; sie ist auch einem interessanten Thema gewidmet und verwertet spannende Quellen. Sie bietet eine Fülle zeitgenössischer Äußerungen zu Polen, aus der künftige Forschungen zum deutsch-polnischen Verhältnis in der Zeit des Ersten Weltkriegs schöpfen können. Die Arbeit kann auch mit anregenden Beobachtungen aufwarten. Leider ist sie über weite, mit annähernd 700 Seiten Text sogar sehr weite Strecken selbst für den interessiertesten Leser eine einzige Zumutung. Das liegt daran, dass das Werk mit einer Vielzahl methodischer Ansätze und kaum erfüllbaren Ansprüchen heillos überfrachtet ist und der Autor sein gesammeltes Material offenbar *partout* als ungekürzten *Director's Cut* präsentieren wollte. Dabei ist es in einem zu sehr um Wissenschaftlichkeit bemühten, manchmal unfreiwillig komischen Stil verfasst („Ein Schwenk bringt die Narration nach Westpreußen“, S. 547) und entsprechend schwer verdaulich. Doch der Reihe nach.

Gerd Behrens stellt fest, dass die Haltung einzelner deutscher Parteien zu Polen schon untersucht sei, eine übergreifende Studie aber noch ausstehe (S. 23). Daraus leitet er sein erstes Thema ab: die Polenpolitik der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der SPD und des Zentrums zwischen der Proklamation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte Anfang November 1916 und der Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich. Dies dient als Hintergrund für die historische Stereotypenforschung, um die es B. vor allem geht und für die es in den deutsch-polnischen Beziehungen gewiss viel zu tun gibt. Das liest sich dann so: „Das Ziel dieser Arbeit wird es sein, zum einen die offizielle Polenpolitik dieser drei Parteien vorzustellen, die in dem zu untersuchenden Zeitraum gleichzeitig auch Regierungspolitik war, da seit 1918 wenigstens zwei der drei Parteien immer auch die Regierungsverantwortung mit trugen. Zum anderen wird es aber in erster Linie darauf ankommen, die inoffizielle Seite dieser Polenpolitik zu untersuchen, das Polenbild, welches den Hintergrund für die Polenpolitik bildete. Insbesondere wird hier das Augenmerk auf Stereotypen gerichtet, deren Analyse, wie später gezeigt wird, Einblicke in die kollektiven emotionalen Befindlichkeiten der Stereotypenträger erlaubt und damit auf das ‚tieferliegende Phänomen‘, deren sichtbare Seite sie sind“ (S. 27).

Das ist ja gar nicht wenig und hätte allemal genug Stoff für eine Dissertation geboten. Doch B. macht sich und seinen Lesern das Leben schwer, indem er seine Untersuchung auch zu einer politikwissenschaftlichen machen und die historische Stereotypenforschung mit der Theorie der internationalen Beziehungen verquicken will. Die Umsetzung dieser an sich guten Idee, die B. an einigen Stellen durchaus zu beachtenswerten Einsichten gelangen lässt, zeigt aber, welche Fallstricke die Interdisziplinarität spannen kann. Hier führt sie dazu, dass B. sage und schreibe 50 Seiten benötigt, um eine sicherlich anspruchsvolle, aber doch beherrschbare Aufgabenstellung zu erläutern, und dann in einer Art ausgebauten Einleitung auf weiteren rund 140 (!) Seiten kleinteilig die Stereotypenforschung seit Walter Lippmans *Public Opinion* von 1922 resümiert. Dabei führt er Elemente der transnationalen Identitätenforschung ein und versucht gleichzeitig, die Funktion und Bedeutung von alledem in den internationalen Beziehungen zu erfassen. Verwirrt und etwas ernüchtert erfährt man unterwegs, die Forschung habe sich „bis heute auf keine allgemeingültige Definition für den Begriff ‚Stereotyp‘ einigen [...] können“ (S. 68).

B.s Arbeit beruht auf der Hypothese, dass diverse langfristig wirksame, meist negative oder ins Negative gewendete stereotype Vorstellungen von Polen bei allen Vertretern der

untersuchten Parteien vorhanden gewesen seien und ihr politisches Denken und Handeln beeinflusst hätten. Dies belegt er anhand der parteinahen Presse, von Reden und politischen Flugschriften sowie gelegentlich mit Hilfe entsprechender Äußerungen hoher politischer Funktionsträger. Seine Typologie der gängigen, immer wieder auf einen Paulskirchenauftritt des deutschen Liberalen Wilhelm Jordan aus dem Revolutionsjahr 1848 zurückgeführten Polenbilder kommt etwas umständlich daher, überzeugt aber insgesamt: Zentrale, immer wiederkehrende Motive im Polendiskurs der untersuchten Parteien waren die viel zitierte, auf die angebliche Unfähigkeit „der Polen“ zu guter Organisation und stringentem Arbeiten gemünzte „polnische Wirtschaft“ (S. 221), die Gleichsetzung von Polentum und Katholizismus, aber auch die Assoziation mit revolutionären Umtrieben (S. 232 f.) sowie die Vorstellung von der „polnischen Freiheit“ als einer Freiheit allein des Adelsstandes zur Unterdrückung der Bauern (S. 300 f.). Mit der Kriegsniederlage traten wegen des Abfalls der Provinz Posen und der polnischen Ansprüche auf beträchtliche Teile des deutschen Staatsgebiets situative Elemente hinzu, etwa die des „undankbaren“ und „treulosen“ Polen.

All dies kam, verschiedentlich variiert und je nach Anlass anders akzentuiert, im öffentlichen Diskurs der genannten Parteien zum Einsatz – zunächst mit dem Ziel, das deutsche Vorgehen in Polen seit der Proklamation von 1916 zu rechtfertigen, später dann in dem Versuch, die Legitimität des seit November 1918 unabhängigen polnischen Staates zu untergraben. Stets stand aber die Absicht dahinter, den Vorrang deutscher Interessen vor polnischen Belangen zu begründen (S. 48). Dass eine solche Verbindung zwischen „Polenbildern“ und „Polenpolitik“ bestand, leuchtet ohne weiteres ein. Zugleich überrascht es kaum, dass sich konkrete politische Entscheidungen nur selten direkt auf sie zurückführen lassen – ein Problem der Stereotypenforschung, welches der Vf. auch einräumt.

B. beobachtet, dass die deutschen Parteienvertreter das Deutsche Reich und seine Erfolge in der Regel als ein positives Gegenbild zur untergegangenen Adelsrepublik und erst recht zu dem 1918 neu entstandenen Staat sahen. Dies bekräftigte den titelgebenden, schon im 19. Jh. angelegten „Mythos der deutschen Überlegenheit“, der die eingangs zitierten „kollektiven emotionalen Befindlichkeiten der Stereotypenträger“ in der niederlagen- und krisenerschütterten Weimarer Republik stabilisierte und damit eine wichtige Selbstvergewisserungsfunktion erfüllte.

Bedauerlicherweise gehen interessante Deutungen wie diese – es gibt durchaus noch weitere, insbesondere zur parteispezifischen Stereotypenverwendung – in der ausufernden Darstellung völlig unter. Besonders im letzten Drittel der Arbeit ertränkt B. den Leser förmlich in einer wahren Flut von Zitaten, die immer kleinschrittiger nur noch belegen, was er längst deutlich gemacht hat – dass die deutschen Vorstellungen von Polen überwiegend unfreundlich und deutsche Betrachter Polens nur sehr selten bereit waren, ihre eigenen Positionen in Frage zu stellen. Damit beantwortet er schließlich auch seine Frage, „woran das deutsch-polnische Verhältnis innerhalb der Weimarer Republik von deutscher Seite her besonders litt und welche Hindernisse den Weg zu einer wirklichen Verständigung verbauten“ (S. 41): Ihm zufolge seien es nicht in erster Linie die handfesten Auseinandersetzungen um Grenzen, Gebiete und die deutsche Minderheit gewesen, die gutnachbarschaftliche Beziehungen des Deutschen Reiches zur Zweiten Polnischen Republik effektiv verhinderten, sondern eben der „Mythos“: Er habe es deutschen Politikern unmöglich gemacht, bilaterale Beziehungen zu Polen „auf Augenhöhe“ auch nur zu denken. Dass er gleichzeitig auf Vertreter des polnischen Staates als ständige Provokation wirken musste, ist kaum zu bezweifeln. Dieses Ergebnis ist bedenkenswert; ob es sich als Ergänzung der „klassischen“ Erklärungen für den deutsch-polnischen Antagonismus der Zwischenkriegszeit durchsetzen kann, wird sich zeigen.

München

Pascal Trees

**Alltag im Holocaust.** Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945. Hrsg. von Andrea Löw, Doris L. Bergen und Anna Hájková. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 106.) Oldenbourg. München 2013. VI, 265 S. ISBN 978-3-486-70948-3. (€24,80.)

Der Sammelband geht auf eine Tagung zurück, die vom 18. bis 20. November 2010 in Berlin von der University of Toronto, dem Institut für Zeitgeschichte in München und Berlin und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, unter dem Titel „Everyday Approaches to the Persecution of Jews of Greater Germany and the ‚Protectorate‘, 1941-45: Work in Progress“ veranstaltet wurde. Mehrere Beiträge zur Geschichte des jüdischen Alltags im Großdeutschen Reich in den Jahren des nationalsozialistischen Judenmords betreffen unmittelbar Ostmitteleuropa. Nach einer Einführung der Hrsg. („Warum eine Alltagsgeschichte des Holocaust?“) folgen zunächst Beiträge zur Entwicklung in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (Beate Meyer) sowie zu Einzelaspekten jüdischen Lebens in Berlin (Beate Kosmala, Richard Lutjens, Maria von der Heydt) und Wien (Michael Raggam-Blesch, Dieter J. Hecht).

Mary Fulbrook schreibt sodann über das Leben der Juden in der seinerzeit Ostoberschlesien angeschlossenen Stadt Będzin (damals Bendsburg), über Absichten und Handlungen der dort für die Besatzungs- und Verfolgungspolitik verantwortlichen Deutschen.<sup>1</sup> Demnach unterlag das Geschehen einer Machtstruktur, die der jüdischen Bevölkerung nicht bewusst war, obwohl sie ihr weiteres Schicksal bestimmte, besonders als sie in Zwangswohnviertel eingesperrt war. In ihren Erinnerungen beziehen sich die Überlebenden typischerweise vor allem auf traumatische, von Gewalt geprägte Geschehnisse, aber kaum auf das alltägliche (Über-)Leben.

Mehrere Aufsätze gehen auf die Lage der Juden in Böhmen und Mähren ein, die weitgehend assimiliert waren. Benjamin Frommer fragt danach, wie sie die nationalsozialistische Diskriminierung seit März 1939 wahrnahmen und wie sich die Praxis der Isolierung im Protektorat Böhmen und Mähren konkret gestaltete. Tschechische Behörden sorgten für deren Durchsetzung, in Kollaboration mit Teilen der Bevölkerung, die zu Denunziationen bereit waren. Mit dem Gestaltungsspielraum der Jüdischen Gemeinden im Protektorat, die im Vorfeld des Judenmords Anordnungen von oben umsetzen mussten, befasst sich Magda Veselská. Meist sahen sie keinen anderen Weg, als diesen Druck nach unten weiterzugeben. Während von außerhalb des Protektorats nur bestimmte jüdische Gruppen ausnahmsweise nach Theresienstadt verschleppt wurden, gelangten die meisten tschechischen Juden nach und nach an diesen Ort. Aus Deutschland deportierte man vor allem alte Menschen nach Theresienstadt, deren Lage im Getto Anna Hájková betrachtet. Sofern sie nicht weiter nach Osten deportiert wurden oder im Getto umkamen, versuchten sie, ihren Platz in der Gesellschaft dieses Zwangslagers zu finden und sich in ihre neue Umgebung einzugewöhnen. Mit kulturellen Initiativen beschäftigt sich Lisa Peschel bei ihrer Analyse von drei Bühnenstücken aus Theresienstadt, in denen der Rückgriff auf die Vorkriegsidentität der beteiligten Autoren und Mitwirkenden zum Ausdruck kam, also auf eine Zeit, als der Rassismus ihr Leben noch nicht regierte.

Die Region Triest und das Lager Risiera di San Sabba – das einzige mit Krematorien im besetzten Italien – nimmt Maura Hametz in den Blick. Die Geschehnisse dort sind mit denen in Ostmitteleuropa dadurch verbunden, dass nicht wenige Spezialisten des nationalsozialistischen Judenmords im Generalgouvernement – allen voran Odilo

<sup>1</sup> Dazu ausführlicher MARY FULBROOK: A Small Town Near Auschwitz. Ordinary Nazis and the Holocaust, Oxford 2012. Vgl. auch meine Rezension in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 63 (2014), S. 611-613.



Globocnik, der selbst aus Triest stammte, und Christian Wirth – nach ihrem Einsatz bei der „Aktion Reinhardt“ an der Adria ihr Unwesen trieben.

Hoch willkommen ist auch der Beitrag von Susanne Heim über eine Reihe von Bemühungen, den Juden unter deutscher Besatzung Hilfe von außen zu bringen, wobei besonders die neutralen Länder eine Rolle spielten. Im Mittelpunkt stehen Reaktionen und Rettungsversuche seitens jüdischer Organisationen von außerhalb des deutschen Machtbereichs und deren Protagonisten, unter ihnen der von Genf aus tätige Jurist und vormalige Sejm-Abgeordnete Abraham (Adolf Henryk) Silberschein (1882-1951). Jedoch konnten die Anstrengungen dieser internationalen Organisationen den Gang der Ereignisse, wie er im Deutschen Reich geplant und von dort aus vorangetrieben wurde, letztlich nicht aufhalten. Und zwar auch deswegen, weil sie – wie Heim an Beispielen zeigen kann – es nicht vermochten, mit den ihnen zuerst zugegangenen Berichten über die restlose Ermordung der jüdischen Bevölkerung führende Politiker und die Öffentlichkeit in der freien Welt wachzurütteln. Leider mangelt es bislang an einer Monografie, die den aktuellen Forschungsstand über die an verschiedenen Orten unternommenen Bemühungen um Hilfe und Informationsvermittlung zusammenfassen und deren Wechselwirkungen deutlich machen würde. Außer der Schweiz und Portugal, von wo aus in großer Zahl Hilfspakete nach Ostmitteleuropa versandt wurden, müsste man u.a. auch Schweden, die Türkei (Istanbul), Palästina und die mittel- und osteuropäischen Exilregierungen in London in den Blick nehmen.<sup>2</sup>

Ob sich der höchst unnormale Tagesablauf einer in ständigen Ausnahmezustand versetzten Bevölkerungsgruppe wirklich in Kategorien einer Alltagsgeschichte fassen lässt, muss am Ende bezweifelt werden. Dies gilt trotz der Erkenntnis, dass viele der unter schwierigen Wohn- und Hygienebedingungen, bei Hunger, Mangel an Heizmaterial und in ständiger Angst vor neuen Verfolgungsmaßnahmen Ausharrenden ihrer bedrohten Existenz unter Ausnutzung der ihnen verbliebenen Handlungsspielräume weiterhin Lebenswürde abzugewinnen suchten.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

<sup>2</sup> Siehe zuletzt JAN LÁNIČEK (Hrsg.): *Governments-in-exile and the Jews during the Second World War*, London u.a. 2012; KLAUS-PETER FRIEDRICH: Die polnische Regierungsdelegation und ihr „jüdisches Problem“ 1940-1945, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 57 (2009), S. 23-53.

**Anne Applebaum: Der Eiserner Vorhang.** Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956. Siedler. München 2012. 636 S. ISBN 978-3-8275-0030-4. (€29,99.)

Die US-amerikanische Autorin Anne Applebaum (die mittlerweile auch den polnischen Pass besitzt) widmet sich in ihrem umfangreichen Werk der Zerstörung der zivilen Gesellschaften in den Ländern Osteuropas durch den sowjetischen Stalinismus nach 1944. Osteuropa definiert sie in Anlehnung an Mark Kramer als den Raum, der acht Länder umfasste: Polen, die SBZ/DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien. In ihnen wurde der Stalinismus durch die Sowjetunion implementiert, und sie alle blieben von den 1940er bis Ende der 1980er Jahre kommunistisch. Die Sowjetunion selbst bildet laut dieser in Deutschland etwas ungewöhnlich klingenden Definition keinen Teil Osteuropas (S. 16, 543 f.). Eine Antwort auf die Frage, wo sie denn nun stattdessen hingehöre, wird im Buch nicht gegeben.

Dabei wird die Stalinisierung durch die Autorin als ein im wahrsten Sinne des Wortes fremdgesteuerter Prozess geschildert. Wenn A. über den Einmarsch der Roten Armee 1944/45 in diese Region spricht, bezeichnet sie ihn kontinuierlich als „Besetzung“. Das Ereignis sieht sie in die imperialen Neigungen der Sowjetunion eingebettet, die im Laufe ihrer Geschichte „mehr als einmal“ versucht habe, Europa unter ihre Kontrolle zu bringen

(S. 71). Die so konzipierte Darstellung werde, so das Versprechen der Autorin, „uns mehr über [...] die sowjetischen Prioritäten und das sowjetische Denken [sagen] als jede isolierte Studie der Sowjetgeschichte“ (S. 25).

Allerdings wird der in der Arbeit untersuchte Raum noch eingegrenzt: A. konzentriert sich auf Polen, die SBZ/DDR und Ungarn. Mit Recht weist sie darauf hin, dass die Vorgeschichte Osteuropas von elementarer Bedeutung sei, um seine Sowjetisierung zu verstehen. So wurde ein Teil des Kontinents, der bis dahin „auffallend wenig Gemeinsamkeiten“ hatte (S. 16), unter der NS-Herrschaft zu einem geschlossenen Raum zusammengeführt. Die damals durchgesetzte Enteignung des Privatbesitzes erleichterte die späteren Maßnahmen der Kommunisten. Die deutsche Besatzung, der Krieg und der Einmarsch der Roten Armee hatten den Zusammenbruch der bestehenden Moral zur Folge. Die erlebte Gewalt bildete die psychologische Grundlage für die Etablierung der neuen Regime.

Für ihre Untersuchung revitalisiert die Autorin den durch die Forschung mit Zurückhaltung betrachteten Begriff „Totalitarismus“, in dem sie „eine nützliche und notwendige empirische Beschreibung“ sieht (S. 15). Als Quellenbasis dienten ihr u.a. Gespräche mit Zeitzeugen, die sie in vielen Fällen noch kurz vor deren Ableben durchführen konnte.

Im ersten Teil des Buches geht die Vf. auf die „importierte[n] [...] Schlüsselemente des Sowjetsystems“ in dem jeweiligen Land (S. 20) und deren Durchsetzung ein. Dazu gehörte u.a. die Geheimpolizei, die stets eine Kopie des sowjetischen Vorbildes war und sich unter der Kontrolle der Vertreter der sowjetischen Machthaber befand. Das Gleiche betraf den Rundfunk – zu diesem Zeitpunkt das wichtigste Massenmedium. Die damalige Strategie der jeweiligen kommunistischen Führer beschreibt am besten der durch die Autorin zitierte Spruch Walter Ulbrichts, der 1945 sagte: „Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ (S. 124).

Zu diesem Themenbereich gehörten auch die ethnischen Säuberungen, die A. ausführlich thematisiert. Sie setzt sich dabei berechtigterweise mit dem Mythos der Gleichgültigkeit der Kommunisten gegenüber nationalen und ethnischen Unterschieden auseinander, den diese selbst verbreiteten. Anhand interessanter Einzelbeispiele weist die Vf. darauf hin, dass auch die Gewalt gegen die zur Aussiedlung gezwungenen Deutschen die Grundlagen für den späteren Terror gegen die eigene Bevölkerung geschaffen hat (S. 165).

Der zweite Teil des Buches schildert die Jahre nach 1947/48, als die härteren Maßnahmen der Kommunisten helfen sollten, ihre Macht durchzusetzen und die vorhandenen Strukturen der zivilen Gesellschaften zu zerstören. Sie waren eine Reaktion nicht nur auf den in dieser Zeit beginnenden Kalten Krieg, sondern auch auf das Scheitern des Versuches, die gesteckten Ziele mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Wie die Autorin betont, war die Überzeugung, die Macht lasse sich mit Hilfe freier Wahlen erobern, bei den Vertretern der neuen Regime in der Anfangszeit durchaus vorhanden.

Zu den Orten, an denen der gewünschte „Homo Sovieticus“ entstehen sollte, zählt die Autorin vor allem Fabriken und Arbeitsplätze, die zu „Zentren der ideologischen Erziehung“ wurden (S. 364). Organisierte Freizeit, kontrollierte Schulen und das Leben in den sozialistischen Idealstädten, wie Nowa Huta in Polen, Eisenhüttenstadt in der DDR und Sztálinváros in Ungarn, sollten die Kontrolle perfektionieren.

Als Kontrapunkt zur Darstellung des Hochstalinismus dient die Schilderung der Aufstände, vor allem jener in der DDR im Juni 1953 und in Ungarn 1956. Die meisten – auch die westlichen – politischen Kontrahenten dieser Zeit hatten geglaubt, totalitäre Regime seien nahezu unbesiegbar, wenn sie erst einmal Fuß gefasst haben. „Sie alle irrten sich. Menschen werden nicht so leicht zu ‚totalitären Persönlichkeiten‘“, betont A., „der Bann [kann] plötzlich [...] und auf dramatische Weise gebrochen werden“ (S. 526). In diesen Worten spiegelt sich auch meines Erachtens die grundsätzliche Botschaft der Autorin wider; ein totalitäres Regime kann überwunden werden.

Die Darstellung ist fließend erzählt und mit ruhigem Rhythmus geschrieben. Sie vermittelt die Geschichte der Länder, die infolge der „bemerkenswerte[n] Unbekümmertheit“ (S. 50) der westlichen Verhandlungsführer in Jalta und Potsdam für etwas mehr als vierzig

Jahre an die Sowjetunion geraten sind. Es scheint das Anliegen der Autorin zu sein, ein breites Publikum zu erreichen. Dafür ist das Buch auch bestens geeignet.

Berlin

Bernard Wiaderny

**Scharf überwachte Kommunikation.** Zensursysteme in Ost(mittel)europa (1960er-1980er Jahre). Hrsg. von Ivo Bock. (Das andere Osteuropa, Bd. 1.) Lit. Münster u.a. 2011. ISBN 978-3-643-11181-4. (€49,90.)

Die Zensur begleitete die kommunistische Herrschaft in Europa von ihrem Beginn bis in ihre letzten Tage. Die Sowjetunion und die Parteistaaten Ostmitteleuropas sahen sich nie in der Lage, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Künste oder der Wissenschaften zuzulassen. Im Gegenteil: Sie entwickelten über Jahrzehnte große Apparate, deren einzige Aufgabe die Zensur war. Ihr Ideal war eine kontrollierte Öffentlichkeit, die der Repräsentation ihrer Herrschaft und der Erziehung ihrer Subjekte dienen sollte. In Abgrenzung zu den Autokraten der vorrevolutionären Epoche nannten sie die Zensur jedoch ungern beim Namen. Die kommunistischen Parteien sprachen lieber von „Literatur-Verwaltung“ oder „Informationsamt“.

Der von Ivo Bock herausgegebene Band über Zensur in Osteuropa beschäftigt sich mit der Spätphase sozialistischer Herrschaft in vergleichender Perspektive. Bock und seine beiden Ko-Autoren Aleksander Pawlicki und Ann-Kathrin Reichardt beleuchten Apparate und Praktiken parteistaatlicher Zensur in der Sowjetunion, der ČSSR, Polen und in der DDR. Detailliert und mit zahlreichen Beispielen schildert der Hrsg. im ersten Aufsatz die Entwicklung der Zensur in der UdSSR und der Tschechoslowakei. Dabei kann er überzeugend zeigen, dass die sowjetischen Zensurbehörden als Vorbild für die tschechischen und slowakischen Apparate dienten und dass es auch in der Praxis einen regen Austausch mit Moskau gab. B. betont, dass die Zensurbehörden keine eigene Kulturpolitik betreiben konnten. Sie blieben grundsätzlich den Direktiven der kommunistischen Partei untergeordnet. In Zweifelsfällen konnte jederzeit das Zentralkomitee oder auch der Parteiführer selbst in Zensurfragen intervenieren. Tatsächlich handelte es sich jedoch – insbesondere in der Literatur – in den meisten Fällen um Aushandlungsprozesse zwischen Autoren und den Behörden, bei denen mitunter um einzelne Absätze und Begriffe gerungen wurde. Das Primat der Staatspartei in allen kulturellen Fragen konnte jedoch – mit Ausnahme der unmittelbaren Prager Reformperiode 1968 – nicht in Frage gestellt werden.

Die Zensoren mussten sich mit unterschiedlichsten Themenbereichen befassen. Wegen der umfassenden Sprachregelungen und Verbote waren Literatur, Geschichte und Kultur im weitesten Sinne der Zensur unterworfen. Besondere Aufmerksamkeit erhielten historische Themen wie etwa die Geschichte der kommunistischen Parteien, insbesondere der Stalinismus, aber auch der Holocaust oder die Genese der europäischen Nachkriegsordnung. Doch tatsächlich genügte es bereits, den sozialistischen Alltag darzustellen, um zensuriert zu werden oder die Sicherheitsapparate auf den Plan zu rufen. Neben die politische trat dabei die moralische Zensur: Popmusik oder jede Form der Darstellung von Sexualität unterlagen besonders scharfer Kontrolle. Deutlich wird auch, dass die Journalisten die Selbstzensur besonders stark verinnerlicht hatten und sich in einer schwächeren Position befanden als beispielsweise Schriftsteller oder Regisseure, die über größere Möglichkeiten verfügten, ihr Werk zu verteidigen.

In den Artikeln von P. und R. werden der polnische und der deutsche Fall analysiert. Insbesondere Polen ist hier von großem Interesse, weil sich dort die Verhältnisse deutlich von seinen Nachbarstaaten und von der Vorbildgesellschaft Sowjetunion unterschieden. Die Zensur war in der Regel weniger strikt und umfassend. Das konnte jedoch nicht verhindern, dass sich die Distanz zwischen Regime und *inteligencja* im Untersuchungszeitraum ständig vergrößerte. Insbesondere in der Kulturpolitik gab es hier eine beschränkte Toleranz, die die Frage aufwirft, inwieweit sie zum parteistaatlichen Kontrollverlust über die polnische Gesellschaft im Jahre 1980 beigetragen hat. Polen leistete sich auch ver-

gleichsweise interessantere offizielle Medien wie etwa die Zeitschrift *Polityka* oder die Tageszeitung *Gazeta Krakowska*. Insgesamt gilt es jedoch festzuhalten, dass auch in Polen Selbstzensur und Zensur fest in der politischen Kultur verankert waren. Mit dem „zweiten Umlauf“ (*drugi obieg*) besaß Polen eine alternative Öffentlichkeit, die seine Sonderrolle im Ostblock heraushebt und die sich fast vollständig der Zensur entzog. R. zeigt am Beispiel schöner Literatur in der DDR, dass auch die Staatssicherheit sich für Belange der Zensur interessierte und auf kulturellem Gebiet intervenierte.

Insgesamt bietet der Band einen guten Überblick und verdeutlicht die Relevanz des Themas in vergleichender Perspektive. Der Leser erfährt jedoch nur wenig über die konkreten Akteure und ihre Strategien, über die Aushandlungsprozesse zwischen Macht und „Kulturschaffenden“. Hier wären noch dichtere Fallstudien nötig gewesen. Dennoch werden die Komplexität und Intransparenz des Zensurverfahrens überzeugend rekonstruiert. In vergleichender Zusammenschau argumentiert B., dass sich die Apparate ähnelten, dass sich die Praxis jedoch in den einzelnen Parteistaaten unterschiedlich entwickelte.

Potsdam

Jan C. Behrends

**Samizdat, Tamizdat and Beyond.** Transnational Media During and After Socialism. Hrsg. von Friederike Kind-Kovács und Jessie Labov. (Studies in Contemporary European History, Bd. 13.) Berghahn Books. New York – Oxford 2013. 366 S., Ill. ISBN 978-0-85745-585-7. (\$ 120,-)

Der vorliegende Band eröffnet ein neues Kapitel in der Erforschung alternativer Öffentlichkeiten in Osteuropa. Es ist das Anliegen der beiden Hrsg. Friederike Kind-Kovács und Jessie Labov, die zeitlichen, politischen und räumlichen Grenzen der bisherigen Forschung hinter sich zu lassen und Samizdat und Tamizdat als transnationales Kommunikationsnetz zu analysieren. Dazu präsentieren sie 14 Fallstudien, die sich chronologisch in der Zeit von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart verorten lassen. Geografisch behandeln die Untersuchungen Russland und Ostmitteleuropa, Rumänien, Serbien, China und den Nahen Osten und die Beziehungen dieser Regionen zu den Zentren des Exils in Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Besondere Aufmerksamkeit finden Kontakte durch den Eisernen Vorhang; dem Band gelingt es überzeugend darzustellen, wie im Kalten Krieg ein Kommunikationsraum entstand, in dem Ideen über Systemgrenzen hinweg ausgetauscht und diskutiert wurden. Methodologisch handelt es sich um einen kulturhistorischen Zugang zur alternativen Öffentlichkeit, d.h. Untergrundliteratur und Buchschmuggel im Kalten Krieg werden nicht nur als Akte der Selbstbehauptung gegen die kommunistische Diktatur interpretiert, sondern als kulturelle Innovation *sui generis*, die sowohl politische und moralische Standards entwickelte als auch eigene ästhetische Zeichen setzte. Neue Wege der Distribution wurden zu Kanälen grenz- und systemübergreifender Kommunikation.

Die ersten vier Studien widmen sich der Produktion und Zirkulation von Samizdat und Tamizdat vor 1989. Ann Komaromis Aufsatz über den amerikanischen Verlag Ardis, der seit den 1970er Jahren vergriffene Klassiker der russischen Moderne neu verlegte und sich um Übersetzungen wichtiger Werke des Exils – etwa der Romane Vladimir Nabokovs – bemühte, steht exemplarisch für den Ansatz des Bandes. Den beiden amerikanischen Slawisten Carl und Ellendea Proffer, die das Unternehmen in Ann Arbor, Michigan, betrieben, ging es nicht um politische Ziele oder kommerziellen Erfolg. Ihre Motivation war es, die russische Literatur in einer Vielfalt zu verlegen, die in der UdSSR nicht möglich war. Ihr Verlag wurde so zu einer kulturellen Schnittstelle zwischen Moskauer *Intelligencija*, russischem Exil und amerikanischer Slawistik. Um den Verlag und seine beeindruckenden Reprints und Faksimile entspann sich so ein Netzwerk von Schriftstellern, Kritikern und Bibliophilen, denen es gelang, die rigiden Grenzen des Kalten Krieges zu überwinden und den anachronistischen Kanon sowjetischer Literatur zu unterminieren. Kind-Kovács zeigt in ihrem Beitrag über Radio Free Europe und Radio Liberty, dass sich der Kulturtransfer

durch Untergrundliteratur nur verstehen lässt, wenn auch der Rundfunk in die Analyse einbezogen wird. Die amerikanischen Sender verfügten neben ihren Radioprogrammen auch über einen Verlag, sie besorgten Übersetzungen wichtiger Titel in verschiedene Sprachen der Region, und in ihren Sendungen wurden zentrale Schriften der politischen Opposition sowie verbotene literarische Werke verlesen. Karolina Ziolo-Puzuk beschreibt die Zusammenarbeit zwischen *Kultura* und *Kontinent*, einer polnischen und einer russischen Exilzeitschrift, die beide in Paris verlegt wurden. Dank persönlicher Kontakte zwischen den Exilanten gelang es, lange vor 1989 einen bilateralen Dialog über die historischen Konflikte zwischen Polen und seinem imperialen Nachbarn zu beginnen.

Der zweite Teil des Bandes beschäftigt sich mit dem Ideentransfer während des Kalten Krieges. Die Autorinnen untersuchen, warum rumänischer Tamizdat ein Randphänomen blieb, wie tschechoslowakische Zeitgeschichte im Westen verstanden wurde und worin die Attraktivität des Begriffs „Zivilgesellschaft“ bestand, der seit den 1970er Jahren eine bemerkenswerte Konjunktur in Ost und West erlebte. Der dritte Teil präsentiert Studien zu ästhetischer und medialer Innovation in Samizdat und Tamizdat. Brian Horne erklärt den kulturellen Kontext, in dem eine alternative Musikkultur in der Sowjetunion entstand, deren Medium der Kassettenrekorder war. Die als „Magnitizdat“ bezeichnete Musik russischer Poeten, die ihre Gedichte zur Gitarre vortrugen, lebte vom improvisierten Charakter der Aufnahmen und der Informalität der Auftritte. Schlechte Tonqualität verbürgte die Authentizität einer Musik ebenso wie die dunkle Metaphorik der Texte, die sich von der offiziellen Sphäre mit ihrer verordneten Fröhlichkeit absetzten. Die Massenproduktion der Rekorder ermöglichte es den sowjetischen Bürgern, ihre eigene Musik hunderttausendfach zu vervielfältigen: Magnitizdat war daher weitaus verbreiteter als die Elitenphänomene Samizdat und Tamizdat. Die Entstehung der Lieder in der inoffiziellen Sphäre hat freilich nicht verhindert, dass sie seit der Perestroika in den Kanon offizieller Kultur aufgenommen wurden und dadurch ihre subversive Dimension weitgehend eingebüßt haben.

Der letzte Teil des Bandes thematisiert die Entwicklung alternativer Medien nach 1989 und das Erbe von Samizdat und Tamizdat in der Gegenwart. Henrike Schmidt diskutiert die Rolle des Internets im postsowjetischen Russland und die Debatten über Redefreiheit, die in den populären Blogs und Foren stattfanden. Daniel Gilfillan erklärt die Rolle von Radio B92 während des Kosovokrieges von 1999, und Martin Hala erzählt die Geschichte von Samizdat und Internet im kommunistischen China. Hala argumentiert, dass das Internet für chinesische Bürger nicht primär ein Medium sei, in dem man alternative Informationen erhalten und oppositionelle Meinungen verbreiten kann, sondern vielmehr ein Ort, an dem der Einzelne seine Individualität erproben könne. Schließlich diskutiert Barbara Falk die Frage, ob die osteuropäischen Erfahrungen mit Untergrundliteratur und transnationaler Kommunikation für die westliche Politik gegenüber der arabischen Welt relevant sind. Sie argumentiert, dass bei Fragen des kulturellen Wandels ein langer Atem nötig sei und dass es auch dem Samizdat nicht gelungen sei, die kommunistischen Regime zu stürzen. Zugleich verweist sie jedoch darauf, wie wichtig die Erfahrungen gewaltfreien Widerstands und kultureller Selbstbehauptung für Osteuropa unter sowjetischer Herrschaft gewesen seien. Den Abschluss des Bandes bilden resümierende Überlegungen Jacques Rupniks zur Bedeutung der Charta 77 und des Helsinki-Prozesses für die Genese einer europäischen Öffentlichkeit.

Sein Ziel, Forschung zu Samizdat und Tamizdat neu auszurichten, erreicht der Band dadurch, dass er erstens die kulturgeschichtliche, literarische und ästhetische Dimension des Themas ernst nimmt, zweitens die einzelnen Studien konsequent grenzüberschreitend argumentieren und so der Austausch zwischen Ost und West, zwischen Exil und Opposition in den Blick gerät und drittens er den chronologischen Rahmen über die 1970er und 1980er Jahre hinaus gezielt erweitert. Aus seinen Fallstudien entsteht ein Panorama alternativer Kultur im Kalten Krieg, das die politischen Dimensionen des Phänomens nicht ausblendet, aber auch nicht überbewertet. Die Forschungen zeigen, dass Samizdat nicht in politischer Opposition und Dissidenz aufging. Die alternative Kultur war vielmehr ein Netz-

werk, ein Kommunikationsraum und Jahrmarkt der Ideen, in dem Einzelne durch ihre Kreativität dem Leviathan die Stirn boten und dabei Texte und kulturelle Artefakte schufen, die bis in die Gegenwart beeindruckten.

Potsdam

Jan C. Behrends

**Eszter Bartha: Alienating Labour.** Workers on the Road from Socialism to Capitalism in East Germany and Hungary. (International Studies in Social History, Bd. 22.) Berghahn Books. New York – London 2013. 362 S., Ill., graph. Darst. ISBN 978-1-78238-025-2. (£ 60,-)

Diese vergleichende Untersuchung beruht zu einem großen Teil auf Interviews mit Arbeitern zweier Großbetriebe, der Carl Zeiss-Werke in Jena und der Waggon- und Maschinenfabrik Rába in Győr, die in den Jahren 2002-2004 durchgeführt wurden. Die Erkenntnisse, die die Studie aus Archivalien und der Sekundärliteratur gewinnt, erhärten die Annahme Eszter Barthas, dass die Einschätzungen der befragten Arbeiter als weitgehend repräsentativ für die Haltung der gesamten Arbeiterschaft gelten können.

Der Untersuchungszeitraum reicht von den späten 1960er Jahren bis in das erste Jahrzehnt nach dem Kollaps des Staatssozialismus. Ausgangspunkt der Analyse ist nicht die umfassende Frage nach den hauptsächlich strukturellen Bedingungen des Zusammenbruchs des Realsozialismus, wie sie heute in erster Linie im modernisierungstheoretischen Interpretationsrahmen, in der Perspektive des „kommunistischen Neo-Traditionalismus“ und anhand des begrifflichen Instrumentariums des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus (Systemtheorie) diskutiert wird. Was die Vf. interessiert, ist die (mit den Mitteln „klassischer“ Sozialgeschichte bearbeitete) Frage nach den langfristig wirksamen sozialen und politischen Bedingungen der Erosion des Verhältnisses zwischen der Kommunistischen Partei und der Arbeiterschaft als dem Kern ihrer sozialen Basis. Dass die Arbeiterschaft 1989 angesichts der Resurrektion des Kapitalismus passiv blieb, lag, so die Vf., in der Logik der vorangegangenen Entwicklung. An diese knüpft sich die zentrale These der Untersuchung; sie lautet, dass der in Ungarn wie in der DDR Ende der 1960er bzw. in den 1970er Jahren vollzogene Übergang zur sozialistischen „Wohlfahrtsdiktatur“ (welfare dictatorship) im Rahmen der von János Kádár initiierten Wirtschaftsreformen und der von Erich Honecker verfolgten Politik der Hebung des Lebensstandards den Keim einer wachsenden Entfremdung zwischen Partei und Arbeiterschaft in sich trug. Belegt wird diese These an der Aufarbeitung von drei Themenkomplexen. Erstens wird danach gefragt, ob und in welchem Maße die Politik der Hebung des Lebensstandards den sozialen Frieden in der Arbeiterschaft im Verhältnis zur Kommunistischen Partei sicherzustellen vermochte. Zweitens geht es um die Gründe, die zur Auflösung des traditionellen Arbeitermilieus und damit zur Schwächung der kollektiven Handlungsfähigkeit der Arbeiterschaft führten. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Arbeiterschaft in allen staatssozialistischen Ländern in weit stärkerem Maße als die Kommunistische Partei egalitäre Ziele verfolgte, wird drittens untersucht, ob und in welchem Ausmaß die Politik der Partei soziale und kulturelle Unterschiede in der Arbeiterschaft (wie in der Gesellschaft überhaupt) einebnete.

Konsumorientierung und Individualisierungsschübe im Gefolge der „Wohlfahrtsdiktatur“ gingen an der Arbeiterschaft nicht vorbei und bewirkten insgesamt einen Rechtsruck der Gesellschaft. Da die Partei ihre Politik der Hebung des Lebensstandards als förmlichen Kompromiss mit der Arbeiterschaft über die Generallinie der gesellschaftlichen Steuerung und als Garant dafür betrachtete, dass sich die Schreckensszenarien von 1953 bzw. 1956 nicht wiederholten, konnte sich keine innerparteiliche Kritik an dieser Politik formieren. Die in Ungarn weit mehr als in der DDR durch die „Wohlfahrtsdiktatur“ vorangetriebene soziale Differenzierung der Gesellschaft führte dazu, dass sich die Masse der Arbeiter – da sie ihren Lebensstandard nicht aufrechterhalten konnte – vor allem in landwirtschaftlichen Familienbetrieben und im staatlich konzidierten privaten Wirtschaftssektor eine zweite Erwerbsmöglichkeit suchen musste. In der DDR verfestigte sich – als entsprechende Er-

scheinung – die „Vergesellschaftungsform“ der informellen Tauschbeziehungen auf Betriebsebene, deren Funktion auch darin lag, die mangelnde Versorgung mit Konsumgütern zu kompensieren. Der Rückzug der Partei aus Positionen, die mit sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft verbunden waren, ging durchaus mit der Einsicht der Parteieliten in das dadurch begründete politische Konfliktpotenzial einher; das zeigen Zugeständnisse in der Frage der innerbetrieblichen Demokratie im ungarischen Fall und die ebenso kompensatorisch gedachte stärkere Einbindung der Arbeiter in die kommunale Politik in der DDR.

Das Buch ist unter methodischen Gesichtspunkten eine Bereicherung, weil es den *mainstream* der Literatur mit seinen immer wieder aufs Neue fortgeschriebenen konzeptionellen Fragwürdigkeiten hinter sich lässt. Die Masse der Literatur macht den Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Restauration des Kapitalismus zum alleinigen Bezugspunkt ihrer Analyse, kann dann retrospektiv überall nur Indikatoren eines (gleichsam teleologisch gerichteten) Verfallsprozesses entdecken und sich dementsprechend zumeist einer rigoros finalisierenden Argumentationsweise bedienen.

B. verzichtet auf diese trügerische „allwissende“ Perspektive: Versteht man – wie etwa in der Systemtheorie üblich – geschichtliche Abläufe als Selektionsprozess, beeinträchtigt die Begrenzung auf *eine* Entwicklungsmöglichkeit den Erklärungsgehalt der Analyse. Für B. ist der Bezugspunkt ihrer Untersuchung die Entwicklungsalternative des demokratischen Sozialismus, wie dieser sich vor allem in den ungarischen und polnischen Revolten des Jahres 1956 und in Ansätzen auch im Prager Frühling 1968 artikuliert. Damit entfällt die Möglichkeit, den Kollaps des Staatssozialismus bloß vor dem Hintergrund der erfolgreichen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften wahrzunehmen und seinem Zusammenbruch von daher das übliche „geschlossene“ Interpretationsmuster überzustülpen.

Eher beiläufig lässt die Vf. deutlich werden, wie sich der Großteil der Forschung den Untersuchungsgegenstand zurechtlegt, um zu diesem „geschlossenen“ Interpretationsmuster zu kommen. Auch wenn aus den oben erwähnten Interviews hervorgeht, dass die Arbeiter nach 1989 im Ganzen positive Erfahrungen machten, hielten sie an den Wertorientierungen des demokratischen Sozialismus fest und beriefen sich dabei ausdrücklich auf soziale Verhältnisse in der staatssozialistischen Ära. Demgegenüber gibt sich die Literatur alle Mühe, den Nachweis zu führen, dass auch die Arbeiterklasse im Staatssozialismus bestenfalls trade-unionistische Erwartungen hegte und glänzende Verheißungen skeptisch auf Mark und Pfennig durchzurechnen pflegte. Dagegen ist daran zu erinnern, dass vor allem Gewerkschaften im Westen abwiegelten, wenn sich im Staatssozialismus Machtverschiebungen zugunsten der Arbeiter und damit Perspektiven der grundlegenden Verbesserung ihrer gesellschaftlichen und materiellen Lage abzeichneten: Als die *Solidarność* entstand, gab der DGB eine Sprachregelung für seine unteren Chargen heraus: Die materielle Lage der Arbeiter in Deutschland sei zufrieden stellend, utopische Forderungen brauche man nicht.

Das Verdienst der vorliegenden Untersuchung besteht indessen gerade darin, über diese Sehweise hinauszugehen und die Erklärungshaltigkeit der ihr folgenden wissenschaftlichen Literatur in Frage zu stellen. In der Tat: Diese Literatur weiß – dank der Sozialanthropologie – fast alles über das feine Gespinnst sozialer und kultureller Normen, die im Alltagsverhalten und in den Kulturen der Irokesen eine Rolle spielten. Aber an irgendeinem Punkt der wissenschaftlichen Entwicklung lässt sie das komplexe irokesische Individuum in die Mühlen des Reduktionismus geraten, denen dann unversehens der mitteleuropäische Arbeiter des 20. Jahrhunderts entspringt, der sich mit seinen Händen „spasmodisch“ auf den Bauch schlägt und auf elementare ökonomische Stimuli reagiert.

Moosburg

Peter Heumos

**Geschichtspolitik in Europa seit 1989.** Hrsg. von Etienne François, Kornelia Kończal, Robert Traba und Stefan Troebst. (Moderne europäische Geschichte, Bd. 3.) Wallstein. Göttingen 2013. 560 S., Ill. ISBN 978-3-8353-1068-1. (€42,-.)

„Geschichtspolitik“ hat in Europa nach 1989 heftige Auseinandersetzungen sowohl innerhalb von Staaten als auch im zwischenstaatlichen Verhältnis hervorgerufen. Das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das GWZO Leipzig sowie das Frankreich-Zentrum und das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin haben im November 2007 ein großes, auch von den Medien stark beachtetes Symposium „Strategien der Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich“ veranstaltet. Etliche der in dem zu besprechenden Band vereinten 22 Artikel gehen auf Vorträge zurück, die auf dieser Konferenz gehalten wurden, doch haben die Hrsg. auch Beiträge zu weiteren Ländern von Nordeuropa bis Portugal eingeworben.

Eingeleitet wird der Band mit einem breiten Problemaufriss, in dem Stefan Troebst die kaum mehr überschaubare Literatur zum Thema Geschichtspolitik hinsichtlich Genese, und Definitionen sowie der wichtigsten Akteure und Ansätze Revue passieren lässt und deutlich macht, wie vielschichtig die Problematik ist, mit der sich die Autoren auseinandersetzen. Etienne François sieht in seinem Resümee drei, in den Beiträgen dieses Bandes in der Tat belegbare Tendenzen: die noch immer geltende Dominanz der Nationalgeschichte, die Herausbildung mehrerer länderübergreifender Forschungsfragen und schließlich eine zentrale, von mehreren Autoren aufgeworfene Frage: Gibt es eine europäische Erinnerungskultur oder wenigstens eine europäische Geschichtspolitik, die auf die Herstellung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsbewusstseins abzielt?

In einem umfangreichen Beitrag arbeitet Troebst heraus, inwiefern die Europäische Union (EU) seit der Osterweiterung von 2004 eine eigene Geschichtspolitik betrieben hat. In zahlreichen Facetten wird dabei der auch in anderen Beiträgen thematisierte unterschiedliche Erinnerungsrahmen sichtbar, der innerhalb des Europäischen Parlaments weiterhin zu einem deutlich voneinander abweichenden historischen Bewusstsein zwischen Abgeordneten aus den alten und den neuen, postkommunistischen Mitgliedsländern führt. Die Genfer Politikwissenschaftlerin Annabelle Littoz-Monnet hat diese Frontstellung auf die Formel zugespitzt: „Holocaust as Unique“ versus „Hitler and Stalin as equally Evil“. Bei der Rivalität um Mittelvergabe für geschichtspolitische Projekte sieht Troebst die Fraktion „Nie wieder Holocaust“ gegenüber der Fraktion „Nie wieder Totalitarismus“ im unübersichtlichen Gestrüpp der Brüsseler EU-Bürokratie deutlich im Vorteil, während in programmatischen Dokumenten der EU-Geschichtspolitik „auffallend wenig“ zu den friedlichen Revolutionen von 1989 zu finden sei.

In Antwort auf die Frage, ob Europa einen Ort gemeinsamer Erinnerungen bilde, problematisiert Pieter Lagrou die zentrale Bedeutung von Auschwitz in der heutigen Gedenkpolemik zwischen den Polen „Einmaligkeit“ und „Universalität“ und weist auf Anzeichen dafür hin, dass gegenwärtig in verschiedenen erinnerungspolitischen Debatten eine Art neuer Minimalkonsens im Entstehen begriffen sei, dessen kleinster gemeinsamer Nenner das Opfer und der Opferdiskurs seien. Auch Włodzimierz Borodziej thematisiert die wachsende Bedeutung des Opferdiskurses, geht auf die „Konkurrenz“ der Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus in der Öffentlichkeit nach 1989 ein und verweist auf europäische wie außereuropäische Beispiele einer solchen innergesellschaftlichen wie zwischenstaatlichen Konkurrenz.

Am Beispiel der Ukraine illustriert Tomasz Strzyk das Changieren zwischen Opfer- und Heldenmythos bei der Gestaltung nationaler Geschichtspolitik durch die politischen Eliten. Der Holodomor der Jahre 1932/33 wurde nach Viktor Juščenkos Machtantritt 2005 zum nationalen Gründungsmythos aufgewertet, der einen stark antisowjetischen Akzent erhielt. Hatte Leonid Kučma versucht, bei der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg eine Balance zwischen den auf entgegengesetzten Seiten – Rote Armee und Ukrainische Aufstandarmee (UPA) – kämpfenden Ukrainern zu halten, so verschob Juščenko den Akzent



schrittweise in Richtung der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, ohne zunächst ganz auf die Identität stiftenden ukrainischen Symbole aus der Sowjetzeit zu verzichten, ließ dann aber Aktivisten der UPA in einer den polnischen Nachbarn irritierenden Weise ehren. Stryjek erklärt diese „unkritische“ Verhaltensweise als eine gewissermaßen „indirekte“ Folge der Geschichtspolitik der EU. Den meisten Ländern, die 1939/41 entweder keinen eigenen Staat besaßen oder diesen durch sowjetische Besatzung verloren hätten, sei nach 1989/91 explizit die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in westlichen Strukturen eröffnet worden. Das habe die politische Transformation und auch die „Enttotalisierung der Erinnerung“ insbesondere an die Jahre unter deutscher Besatzung 1941-1944/45 erleichtert. Eine solche Perspektive habe die Ukraine nie erhalten. Was Europa für die Ukraine tun könne – und hier kommt wiederum das zwischen West- und Osteuropa geteilte Gedächtnis zum Tragen –, sei ein „eindeutiges Urteil über den Sowjetkommunismus und dessen Positionierung im Zentrum der Debatten über die Vergangenheit des Kontinents“ (S. 293).

Höchst kenntnisreich präsentiert Wolfram von Scheliha den polnisch-russischen Geschichtsdiskurs nach 1989. Gerade dieser Fall kann gut zur Verdeutlichung von François' These dienen, in geschichtspolitischen Debatten gälten nicht die Spielregeln akademischer Diskussion, sondern diejenigen politischer Auseinandersetzung (S. 544). Wie zeitbedingt nicht nur bestimmte Einschätzungen, sondern auch die Konjunkturen von Themen sind, zeigt sich u.a. daran, dass zwar fünf Beiträge der Benutzung von Bildern bzw. der Musealisierung von Geschichte gewidmet sind, dass aber in der gesamten Publikation kaum die Rede vom geplanten Zentrum gegen Vertreibungen ist, das vor zehn Jahren und auch noch während der dem Band zugrunde liegenden Konferenz von 2007 die geschichtspolitischen Wogen hoch schlagen ließ.

In mehreren Beiträgen zu postkommunistischen Staaten wird darauf verwiesen, dass einer der mächtigsten Akteure bei der heutigen Gestaltung der Erinnerung diejenigen Einrichtungen seien, die meist in Anlehnung an das polnische Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) errichtet worden seien, in der Regel aber deutlich stärker als dieses der jeweiligen Regierung unterstützten. Gerade am Beispiel Polens illustriert Anna Wolff-Powęska den Gegenentwurf zu einer von „oben“, von der Politik gesteuerten Auseinandersetzung mit der Geschichte. Nach 1989, nach dem Ende der Bevormundung durch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und ihrer Sicht auf die Geschichte, hätten in den Regionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg Teil des polnischen Staates geworden seien, Initiativen „von unten“ begonnen, die vielschichtigen kulturellen und historischen Wurzeln ihrer Städte und Regionen freizulegen und so eine neue Identität aufzubauen. Begonnen habe dies mit Vereinigungen wie der Allensteiner Borussia. Inzwischen betrachte die junge Generation in Städten wie Breslau (Wrocław), Stettin (Szczecin) oder Danzig (Gdańsk) das fremde Erbe wie selbstverständlich als das eigene und zugleich als ein europäisches. Eine so gestaltete Erinnerungskultur sei Ausdruck einer im Entstehen begriffenen Zivilgesellschaft und trage zur Versöhnung bei.

Immer wieder wird in dem Band die Rolle der Historiker thematisiert. Am Umgang mit der Erinnerung an den Algerienkrieg in Frankreich und Algerien fordert Benjamin Stora von ihnen, in einem „Krieg der Erinnerungen“ auf ein abschließendes Urteil zu verzichten und so einerseits zur Linderung der Schmerzen der Erinnerung beizutragen, andererseits aber den Konfliktparteien (und ihren Nachkommen) auch die Türen zu Kontroversen offenzuhalten. Dem juristischen Umgang mit der Vergangenheit ist zwar kein eigenes Kapitel gewidmet. Die Problematik taucht in dem Band jedoch mehrfach auf, u.a. in Wojciech Pięciak's vorzüglichem Beitrag über die Regelungen zu den Stasi-Renten (mit Seitenblicken auf die analogen Regelungen in Polen), in dem er am Schluss auf die im Vergleich zum heutigen Sprachgebrauch ganz andere Bedeutung des Opfer-Begriffs in der deutschen Sozialgesetzgebung hinweist. Eine Rente als „Kriegsopfer“ erhielten noch Ende der 1990er Jahre auch verurteilte Kriegsverbrecher, wenn sie nur irgendeine Verwundung erlitten hatten.

Insgesamt bietet der Band eine Vielzahl von Beiträgen auf hohem Niveau, kann und will aber keine endgültigen Antworten geben, sondern wirft neue Fragen auf und regt zu weiteren Forschungen an.

Trier – Warszawa

Klaus Ziemer

**Steffi Marung: Die wandernde Grenze.** Die EU, Polen und der Wandel politischer Räume, 1990-2010. (Transnationale Geschichte, Bd. 1.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2013. 400 S. ISBN 978-3-525-30165-4. (€69,99.)

Seit der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) 2004 haben deren Ostgrenze und die neue Nachbarschaftspolitik ein reges Interesse von Seiten verschiedener Wissenschaften gefunden. Das Innovative an dem Buch der Politik- und Literaturwissenschaftlerin Steffi Marung ist die Einbeziehung sowohl der regionalen als auch der europäischen sowie der globalen Perspektive in die Analyse. Ihr Ziel ist es, die Mikrogeschichte in die transnationale Geschichte zu übertragen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht Polen als Objekt und Akteur der EU-Osterweiterung sowie der Nachbarschaftspolitik.

Das Buch ist die leicht überarbeitete Fassung einer an der Universität Leipzig verteidigten Dissertationsschrift. M. fragt danach, welche Folgen die Verschiebung der EU-Außengrenze nach Osten und Südosten für die Imagination und Deutung des politischen EU-Raumes, insbesondere seiner Grenzen, hatte. Sie untersucht den Wandel der deutenden Erzeugung politischer Räume unter den Bedingungen von Transnationalisierung und Globalisierung. Der Begriff der „wandernden Grenze“ zieht sich durch das ganze Buch. Die Vf. fragt, „wie dieses ‚Wandern‘ gedeutet wurde, vor welche Herausforderung es die betroffenen Akteure stellte und welche Folgen dies für die Ordnung des politischen Raumes in Europa hatte“ (S. 21). Es handelt sich um eine EU-Geschichte von ihren Grenzen her.

Die Untersuchung ist in fünf Hauptkapitel gegliedert. Im ersten Kapitel, der Einleitung, begründet die Vf. die Bedeutung des interdisziplinären Zugangs auf dem Gebiet der Grenz- und EU-Forschung und erläutert zentrale Begriffe der Arbeit: Europäisierung, Zivilisierungsmission und Ergänzungsraum. Außerdem werden Quellen und Methoden beschrieben. Das zweite Kapitel, das eine supranationale Perspektive einnimmt, betrifft Grenzregime und Nachbarschaft. Zuerst stellt M. die Migrations- und Grenzpolitik der EU seit den 1970er Jahren dar. Im nächsten Unterkapitel analysiert sie den Zusammenhang zwischen der EU-Erweiterung und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), um dann im dritten Unterkapitel die Entwicklung und Dynamik der ENP auszuwerten. Das dritte Kapitel geht auf den polnischen Diskurs über die neue EU-Ostpolitik und dessen Verhältnis zum europäischen Projekt ein. Zuerst schildert M., inwiefern dieser Diskurs sehr eng mit der polnischen Geschichte verbunden ist. Seine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der östlichen Nachbarschaftspolitik begründete Polen bis heute mit dem jagiellonischen Reich und der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Nach der Jahrtausendwende bemühte sich das Außenministerium um die Integration der polnischen Ostpolitik in die zukünftige EU-Außenpolitik. Nach dem EU-Beitritt Polens wurde das Land als Hauptverantwortlicher für die Gestaltung der neuen Ostpolitik angesehen. Die Kooperation Polens mit der Ukraine wurde als Modell für die Kooperation der EU mit den neuen östlichen Nachbarn übernommen. M. zeigt auf, wie Polen im Laufe der Zeit zum Mitgestalter, Mediator und Vorbild der östlichen Nachbarschaft geworden ist.

Das vierte Kapitel führt dem Leser die regionale Perspektive vor Augen. Die Vf. begibt sich in die polnisch-ukrainische Grenzregion und beschreibt die Tätigkeit britischer und nordamerikanischer Hilfsorganisationen, von Verbindungsbeamten der deutschen Bundespolizei in Kiev und von Vertretern verschiedener NGOs, ukrainischer Verwaltungsebenen und Tourismuseinrichtungen in Kiev und Lemberg (L'viv). Dieses Kapitel betrifft den Zeitraum vor der Einführung des EU-Nachbarschaftsprogramms (2000-2004). Als Quellen verwendet M. Konferenzmaterialien, Projektunterlagen und vor allem Interviews mit Verantwortlichen für die Nachbarschaftspolitik, die sie 2006 in Warschau und Lublin sowie

2008 in Kiev und Lemberg führte. Im Schlusskapitel, das vergleichsweise sehr kurz ausfällt (S. 343-350), rekapituliert M. ihre bisherigen Ausführungen und systematisiert danach das Zusammenspiel der regionalen, europäischen und globalen Ebenen.

Zweifellos ist die Arbeit eine verdienstvolle Studie und ein wichtiger Beitrag zur neuen Nachbarschaftspolitik der EU. Während die globale und europäische Perspektive sehr deutlich zum Ausdruck kommen, wird die regionale Ebene jedoch nicht eingehend genug dargestellt. Zwar erläutert M. die Gestaltung des politischen Raumes, aber sie betrachtet weder die Akteure in der polnisch-ukrainischen Grenzregion noch deren Antworten auf die Pläne externer Akteure bezüglich ihrer Region. Einige mit Erläuterungen untermauerte Thesen im Abschlusskapitel hätten dem Leser das Verständnis sehr erleichtert. Umfangreich sind die Literaturliste (S. 353-376) und das Quellenverzeichnis (S. 377-392). Sehr nützlich für den Leser ist auch das Abkürzungsverzeichnis sowie das Namens- und Ortsregister.

Sønderborg

Katarzyna Stokłosa

## Anzeigen

*Gertraud Marinelli-König: Die böhmischen Länder in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805-1848). Tschechische nationale Wiedergeburt, Kultur- und Landeskunde von Böhmen, Mähren und Schlesien, kulturelle Beziehungen zu Wien. Bd. 2: Sprachwissenschaften – Philosophie, Ästhetik, Rhetorik – Geschichte – Bildungsinstitutionen. (Sitzungsberichte der Philosophisch-Historischen Klasse, Bd. 836; Veröffentlichungen zur Literaturwissenschaft, Bd. 29.) Verl. d. Österreichischen Akademie d. Wissenschaften. Wien 2013. LV, 726 S. ISBN 978-3-7001-6839-3 (€ 99,-) – Nachdem 2011 der erste Band des Repertoriums die einschlägigen belletristischen Beiträge in Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz erschlossen hat (vgl. meine Rezension in ZfO 62 (2013), S. 132), erschließt der Folgeband die Beiträge und Rezensionen aus den Fachgebieten „Sprachwissenschaften“ (Bohemistik, Slavistik, erstaunlich viel zur Sorabistik, Germanistik, Hebraistik sowie Vergleichende Sprachwissenschaften), „Philosophie, Ästhetik, Rhetorik“, dann „Geschichte“ der böhmischen Länder sowie die dort aktiven „Bildungsinstitutionen“ (Unterrichtswesen, Bibliotheken, Museen, Sammlungen, insbesondere Nachrichten über Gelehrte). In der Einleitung fasst Gertraud Marinelli-König nach den für diesen Band variierten knappen Einführungen in Ausgangslage, Methodik und Quellenlage „Ergebnisse“ zusammen und erleichtert so die Orientierung in den innerhalb der sehr fein gegliederten Sachgruppen chronologisch geordneten Belegstellen. Unter „Germanistik“ findet man insbesondere Besprechungen von Deutschlehrbüchern für Tschechen. Bei Philologie und Philosophie überwiegen „Nachrichten über Werke“, während zur Geschichte „Beiträge und Hinweise“ überwiegen, dazu Beiträge über Adelsgeschlechter (S. 258-291), die an Zahl und Umfang die „Nachrichten über Staatsdiener“ (S. 292-313) und „über Privatpersonen“ (S. 314-316) bei weitem übertreffen. Bei den Bildungsinstitutionen stehen Nachrichten über Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Museen und Sammlungen im Vordergrund. Den größten Teil bilden Nachrichten über Gelehrte und „Männer des öffentlichen Lebens“ (S. 515-706). Die ausgewählten Textzitate bzw. die Inhaltsangaben vermitteln den Zugang zu sonst nur schwer zugänglichen Beiträgen. Eine digitalisierte Version des Registers der Personennamen ist im Internet zugänglich<sup>1</sup>, das Gesamtregister soll gemeinsam mit dem vierten Teilband im Druck erscheinen. Wer sich mit den böhmischen Ländern im Vormärz befasst, wird dieses Repertorium schätzen, zumal immer mehr Periodika aus dieser Zeit digital im Internet verfügbar werden. Es bleibt zu hoffen, dass dieses verdienstvolle Erschließungsprojekt zügig voranschreiten wird.*

Viersen

Wolfgang Kessler

<sup>1</sup> <http://hw.oeaw.ac.at/6839-3> (07.01.2015).

Markus Roth, Annalena Schmidt: *Judenmord in Ostrów Mazowiecka. Tat und Ahndung.* (Zeitgeschichte, Bd. 10.) Metropol. Berlin 2013. 141 S., Ill. ISBN 978-3-86331-120-9. (€ 16,-)

– In ihrer Fallstudie zu den Anfängen des nationalsozialistischen Genozids an den europäischen Juden betrachten Markus Roth und Annalena Schmidt den bislang wenig beachteten, ersten Massenmord an der gesamten jüdischen Bevölkerung einer Stadt in deutscher Gewalt: Am 10. November 1939 erschossen deutsche Polizisten im nordostpolnischen Ostrów Mazowiecka Hunderte Juden, davon mehr als die Hälfte Frauen und Kinder, nachdem am Vortag ein Großbrand in der Stadt ausgebrochen war, für den die deutschen Besatzer die jüdischen Einwohner kollektiv verantwortlich machten. Diese Tat und ihre Ahndung durch die bundesdeutsche Justiz in den 1960er Jahren untersuchen die Vf. auf Basis deutscher und polnischer Quellen, hauptsächlich Akten der Justiz, da nur wenige oder wenig aussagekräftige zeitgenössische Zeugnisse vorliegen. Umso bedauerlicher ist es, dass die Vf. im Kontext ihrer aus Zeugenaussagen rekonstruierten Beschreibung der Tat eine Fotografie mit der Unterschrift „Ein deutscher Polizist mit einem Juden“ abbilden (S. 47), ohne zu erwähnen, in welchem Zusammenhang diese Quelle mit dem Massenmord in Ostrów Mazowiecka steht. So bleibt im Unklaren, ob es sich tatsächlich um eine der auch im Folgenden wiederholt erwähnten Fotografien handelt, die ein Haupttäter während des Mordgeschehens gemacht hatte.

Die unterschiedlose Ermordung der jüdischen Bevölkerung einer von Deutschen besetzten Stadt war und blieb in dieser frühen Kriegsphase einzigartig. Erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion geschahen wieder solche Taten in weit größerem Ausmaß. R. und S. zeigen, dass die außergewöhnliche Tat in erster Linie auf örtliche deutsche Entscheidungsträger zurückzuführen ist – namentlich den Kreishauptmann von Ostrów, Heinrich von Büнау, und als unmittelbare Täter die aus Warschau herbeibeordneten Polizeioffiziere Kurt Kirschner und Hans Hoffmann sowie den aus Eigeninitiative teilnehmenden Bereitschaftsleiter der polizeinahen Technischen Nothilfe Theodor Pillich. Die Polizisten handelten allerdings auf ausdrücklichen Befehl ihrer Warschauer Vorgesetzten, zuvorderst des für die besetzten polnischen Gebiete zuständigen Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich-Wilhelm Krüger. Ihre außergewöhnliche Tat erregte zwar Aufmerksamkeit bis in die Spitzen von SS und Wehrmacht und schließlich hinauf zu Adolf Hitler selbst, erfuhr dabei aber offenbar allerhöchste Billigung. Weit weniger ungewöhnlich als das Verbrechen selbst verliefen seine Ahndung durch die bundesdeutsche Justiz und die Reaktionen der veröffentlichten Meinung Anfang der 1960er Jahre. Angeklagt waren nach langem Vorlauf nur die unmittelbaren Täter Kirschner sowie Hoffmann und Pillich, die längst wieder ihre Vorkriegskarrieren aufgenommen hatten. Sie alle wurden als Befehlsempfänger lediglich wegen Beihilfe zum Mord zu Haftstrafen verurteilt, die nur wenige Monate über der Mindeststrafe von drei Jahren lagen. Die Presse zeigte fast durchweg Verständnis für das geringe Strafmaß, da die Taten Ausfluss vergangener politischer und kriegerischer Verhältnisse gewesen seien.

Im Fazit ihrer quellengesättigten und nüchternen Studie bezweifeln die Vf. eine unmittelbare Vorbildrolle des Massenmords von Ostrów Mazowiecka für den späteren Genozid an den europäischen Juden; jedoch habe die Tat „eine mentale Hemmschwelle ein wenig eingeengt“ (S. 127). Fragwürdig mutet allenfalls die abschließende These an, die Folgen des gleichgültigen Umgangs von bundesdeutscher Polizei, Justiz und Öffentlichkeit mit NS-Verbrechen und -Tätern zeigten sich aktuell angesichts der späten Aufdeckung der Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds.

Halstenbek

Lars Jockheck

Lu Seegers: *„Vati blieb im Krieg“. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen.* Wallstein. Göttingen 2013. 610 S. ISBN 978-3-8353-1251-7. (€ 49,90.)

– Ein Jahrhundert der Vaterlosigkeit war das 20. Jh., starben doch Millionen Männer auf den Schlachtfeldern der Weltkriege. Dieser „generationellen Erfahrung“ geht Lu Seegers in ihrer 2011 an der Universität Hamburg angenommenen Habilitationsschrift nach, die nun als Buch vorliegt. Stattliche 610 Seiten umfasst die Monografie, was angesichts der Untersuchung von mehreren Ländern und Systemen angemessen scheint. Doch schnell zeigt sich, dass der Fokus auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegt. Hier offeriert S. einen dreifachen Vergleich zwischen der Bundesrepublik, der DDR und der Polnischen Volksrepublik – eine deutliche Erweiterung des bestehenden Forschungsstandes, der sich bislang auf die Erfahrungen der

Vaterlosigkeit der westdeutschen männlichen akademischen Elite begrenzte. S.' Arbeit ist in den Kontext der deutschen Debatten um „Kriegskinder“ einzuordnen, die medienöffentlich nicht selten reine Opfererzählungen waren – man denke an den populärwissenschaftlichen Bestseller von Sabine Bode – und die von der wissenschaftlichen Forschung mitunter flankiert wurden. Zu dieser Entwicklung positioniert sich die Autorin kritisch und nimmt in ihrer überaus klugen Einleitung u.a. den Zusammenhang zwischen massenmedial verbreiteten Identitätsangeboten und der Sinnsuche der Betroffenen auseinander. Auch zu den Kategorien Generation und Generationalität hält die Einleitung interessante Einsichten bereit. Danach folgt ein Kapitel zu praktischer und symbolischer Politik für Kriegshinterbliebene während und zwischen den Weltkriegen in Deutschland, das Politiken für und Debatten über Kriegerwitwen und Kriegswaisen vorstellt, bevor S. detailliert die Ergebnisse ihrer Zeitzeugenbefragungen – dem Kernstück ihrer Arbeit – vorstellt. Die Interviews in Polen hat S., die bislang nicht mit Forschungen zu Ostmitteleuropa hervorgetreten war, mithilfe einer Übersetzerin geführt. Und von der Forschungsliteratur konnte die Autorin, da sie des Polnischen nicht mächtig ist, ebenfalls nur rezipieren, was auf Deutsch oder Englisch vorlag. Funktioniert das, ist gerade in einer Rezension für die ZfO zu fragen? Die Antwort lautet: ja. Natürlich fallen dem Eingeweihten an einigen Stellen treffendere Literaturverweise ein als diejenigen, auf die S. sich bezieht, und natürlich gibt es die eine oder andere Passage, an der die Autorin etwas zu pauschal wird, z.B. als sie behauptet, „dass in osteuropäischen Ländern anders über Leben, Tod und einschneidende Ereignisse gedacht wird“ (S. 27). Doch bleiben dies Ausnahmen. Insgesamt ist S. in ihrer Thesenbildung zu Polen deutlich zurückhaltender als im west- und ostdeutschen Fall, da der „polnische Fall“ hauptsächlich dazu dient, die Merkmale der beiden deutschen Diskurse stärker in den Blickpunkt zu rücken. Hier funktioniert der Vergleich ausgezeichnet, weil so die Spezifika des deutschen Opfernarrativs stärker hervortreten. Doch beobachtet sie auch interessante Gemeinsamkeiten, etwa länderübergreifend ein stärkeres Verantwortungsgefühl der weiblichen Kriegskinder für ihre verwitweten Mütter. Ihre Thesen zu Polen überzeugen ebenfalls. Zwar gibt es auch in Polen Kriegskindervereine, doch wirken diese bei Weitem nicht so narrativ-homogenisierend wie die Vergemeinschaftungen im westdeutschen Fall, die institutionell und medial getragen sind. S.' Beobachtung, dass die Gewalterlebnisse im Zweiten Weltkrieg in Polen über die Erfahrung der Vaterlosigkeit dominieren, überraschen angesichts der brutalen deutschen Besatzungspolitik zwar nicht, sind aber wichtig festgehalten zu werden. Insgesamt gewinnt die Arbeit durch S.' (aufgrund der Sprachbarrieren) mutigen vergleichenden Blick nach Polen, und auch die Geschichtsschreibung Polens gewinnt, wenn Neulinge sich so umsichtig in dieses Feld vorwagen.

Warszawa

Maren Röger